

Saar-freund

Schwört und spricht:
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!

H. W. L.
FEB 6 1935

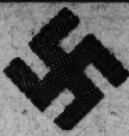


Deutsch die Saar immerdar!



Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf

Sonderausgabe Nummer 2



Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

für Abstimmungsberechtigte im Reich

Mit 1935 in die Freiheit



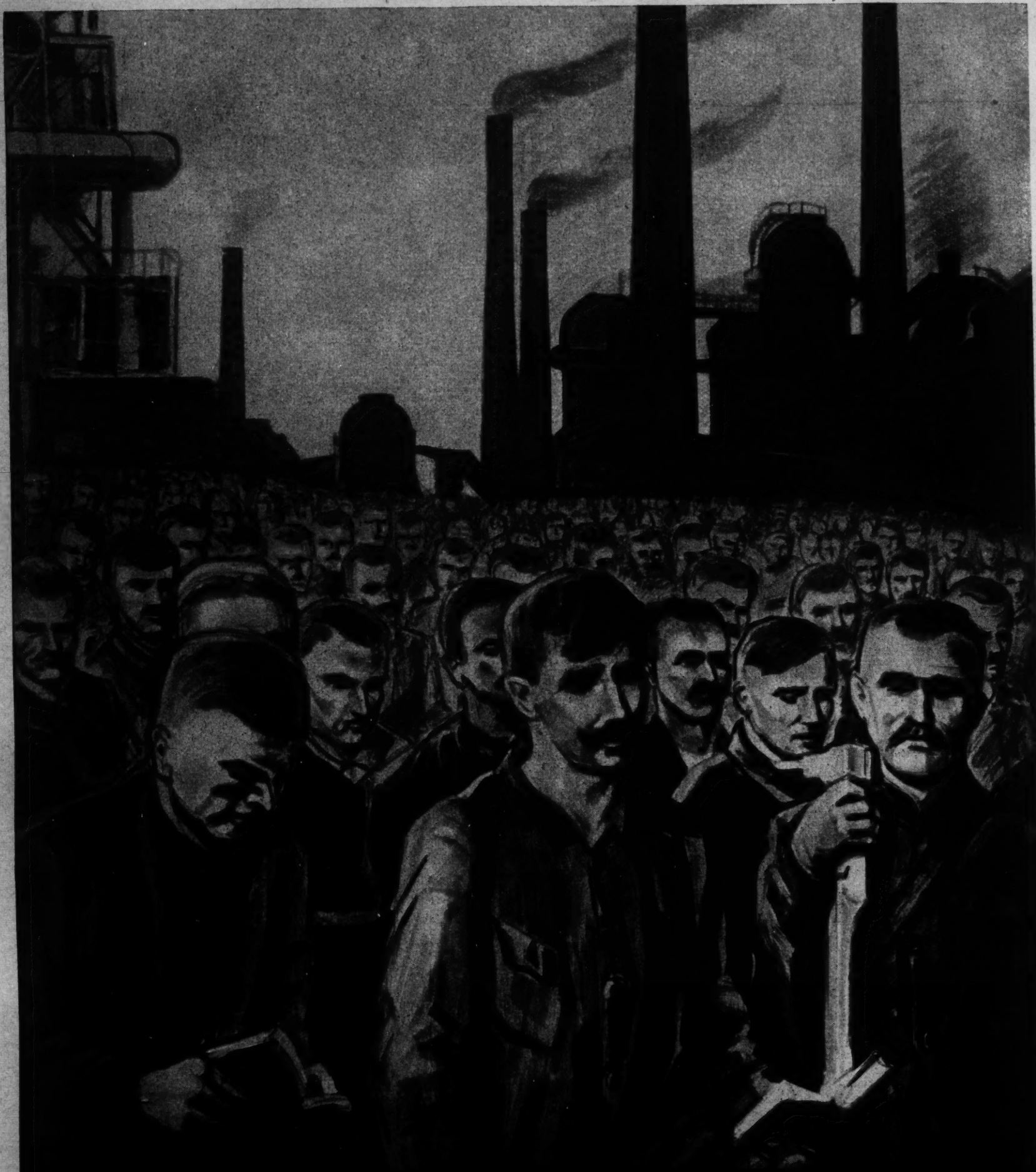
Phot. M. Wenz-Saarbr.

Saarbrücken, am Waldhaus

„Unser Ziel heißt Deutschland . . . Bereits in der allerersten Sitzung des Landesrats vom Jahre 1922 haben die Parteien der heutigen Deutschen Front und mit ihnen die Sozialdemokraten und die Kommunisten einstimmig erklärt, daß das Saargebiet unter allen Umständen zum Deutschen Reich zurückkehren muß. Diese Forderung besteht auch heute . . . Für das deutsche Saarvolk und für uns gibt es nach sechzehnjährigem Kampf keine andere Lösung der Saarfrage als die restlose Rückkehr unserer deutschen Saarheimat zum geliebten deutschen Vaterland . . .“

Aus der Erklärung der Deutschen Front in der Sitzung des Saarlandesrats vom 28. 12. 1934

**Zur Volksabstimmung im Saargebiet
am 13. Januar 1935**



**Das Gebet der Saar:
Herr, mach uns frei!**

Saar-freund

Schwört und spricht:
Recht bleibt Recht.

Wahr bleibt wahr:
Deutsch die Saar!



Deutsch die Saar immerdar!

Organ für den deutschen Saarfreiheitskampf

Mitteilungsblatt des Bundes der Saarvereine

Sonderausgabe Nummer 2



für Abstimmungsberechtigte im Reiche

Mit 1935 in die Freiheit

Wir grüßen das Jahr 1935. Es führt nach langer Trennung unsere Saarheimat wieder in die mütterlichen Arme Deutschlands zurück. Allen denen, die uns in 15jährigem Kampfe Wegbereiter und Helfer waren, danken wir von Herzen. In tiefster Ehrerbietung danken wir dem Führer des Deutschen Reiches, Adolf Hitler, dafür, daß er die Saarfrage zu einer Ehrenfrage des deutschen Volkes gemacht hat.

In dieser Stunde gedenken wir all der deutschen Volksgenossen, die teilweise unter Einsetzung ihres Lebens in Schlesien, Ostpreußen und Schleswig-Holstein unmittelbar nach dem Kriege durch Volksabstimmung für Deutschland eingetreten sind.

Wir sind stolz darauf, am 13. Januar durch den Stimmgabel für die Heimkehr unserer Saarheimat kämpfen zu können.

In diesem Glücksgefühl nehmen wir gerne alle Strapazen auf uns und setzen unsere eigenen Wünsche zurück. Wir grüßen unsere schwer geprüften Brüder und Schwestern an der Saar, denen wir am 13. Januar Helfer im Kampf um die Freiheit sein dürfen.

Wir wissen, daß ganz Deutschland am 13. Januar seine Augen nach dem Saargebiet wendet und freuen uns auf den Augenblick, in dem wir verkünden können: Die Saar ist heimgekehrt zur Mutter Germania.

Heil Deutschland!

E. Debusmann,
stv. Leiter des Bundes der
Saarvereine.

Th. Vogel,
Gründer des Bundes der
Saarvereine.

Wir nehmen Abschied von einem Jahr unerhörten Kampfes der Treue, der Wahrheit und des Rechts gegen Unrecht, Lüge und Verrat. Wir treten ein in das Jahr, das dem Saargebiet Freiheit, Ehre und Wiederverbundenheit mit dem deutschen Vaterland bringen wird.

Die Front der aktiven Kämpfer für diesen Tag der Entscheidung hat sich von einem kleinen Stoßtrupp zu Beginn des Saarkampfes bis zu diesem Tag zu einer achtunggebietenden Streitmacht verbreitert. Alle, die sich selbstlos und tatbereit in diese Front gestellt haben, die die Jahre hindurch als unbekannte Soldaten den Entscheidungskampf vorbereiten halfen, gliedern sich heute ein in das gewaltige Heer der Abstimmungsberechtigten, das sich soeben zur Abstimmungsschlacht in Bewegung setzte.

Wir, die wir von Anfang an in dieser Front standen, deren Kampfplatz an der Saar lag oder die ihn durch die Ausweisungen-

willkür von Besatzung und Saarregierung außerhalb des Saargebietes verlegen mußten, denken dieser treuen und zähen Saarkämpfer beim Eintritt in das Freiheitsjahr mit heißem Dank und deutschem Gruß. Wir wissen, daß durch ihre unermüdete und unverzagte Arbeit dieses große Geschehen der Aufrüttelung des ganzen deutschen Volkes erst erzielt werden konnte. Wie immer im Freiheitskampf setzte sich auch hier die selbstlose Treue durch. Deshalb drücken wir allen treuen Saarkämpfern still im Geiste die Bruder- und Kameradenhand. Wie sie in den abgelaufenen fünfzehn Jahren treu ihre Pflicht taten, so werden sie auch am 13. Januar mithelfen, der deutschen Heimat an der Saar die Freiheit zurückzugewinnen.

Deutsch sein heißt treu sein!

Richard Posselt,
Schriftleitung des „Saar-Freund“.

Auf zur Abstimmung!

Von Senatspräsident Otto Andres, Ehrenpräsident des Bundes der Saarvereine.

Das Versailler Diktat hat auch uns früheren Bewohnern des Saargebietes die Befugnis zuerkannt, über die endgültige staatliche Zukunft des Gebietes mit abzustimmen: und so stoßen wir zu ihnen, den Brüdern und Schwestern an der Saar, um ihnen zu helfen, heimzukehren zum deutschen Vaterland!

Wir tun es reinen Gewissens: was an uns lag, ihnen beizustehen in ihrem Freiheitskampf, wir haben es redlich getan. Wir wissen, daß unsere Arbeit nur ein kleines Steinchen in dem großen Mosaik des Freiheitskampfes war, der an der Saar geschehen werden mußte: aber ein unentbehrliches Steinchen, sollte der Sieg errungen werden.

Wir kommen nicht als Hergeloffene: wir fühlen uns der Heimat verbunden, wo auch immer wir sitzen. Hergeloffen aber sind die, die an der Saar seit zwei Jahren faheln von einem Status quo und seinen Herrlichkeiten.

Wir sind unbesorgt: das Saarloff läßt sich nicht beschwären.

Sicher gibt es auch an der Saar Menschen, deren Seele nur aus Geschäft besteht und deren dünner Verstand wähnt, wenn ihnen beim Status quo ein Geschäftchen winkt, sei die Frage, wohin das Saargebiet wirtschaftlich gehöre, gelöst: das Saargebiet ist aus bescheidensten Anfängen im Rahmen der deutschen Wirtschaft groß und stark geworden, zur deutschen Wirtschaft will es zurück nach dem mißglückten Experiment von Versailles.

Sicher gibt es auch Menschen an der Saar, denen eine gärende neue Zeit die Sinne benimmt: vor Kleinem, das sie befremdet im Dritten Reich, sehen sie nicht das Große der Gedanken, die das ganze Gemeinschaftsleben auf eine sittlichere und gesicherte Grundlage heben wollen. Wenn da einmal ein Fehler gemacht wird, wenn der oder jener einmal vorbeigreift, genügt das, sich vom Vaterland abzuwenden?

Das Saarloff weiß, daß das nicht genügt, ja die großen Gedanken, die in Deutschland am Werden sind, sie üben eine gewaltige Anziehungskraft an der Saar aus, und die Geschäftsleuten und die Sinnverwirrten, sie werden das Bild eines einheitlichen deutschen Willens des Saarloffes nicht zu trüben vermögen!

Auch nicht die Fata Morgana der zweiten Abstimmung, jener wunderliche Trid verärgerter Emigranten, der die nationalen Gewissen beruhigen und die Gefolgschaft für den Status quo vergrößern sollte: von der ungewissen Hoffnung später einmal zurückzukehren zum Vaterland, sollten sich deutsche Menschen, die ihren klaren Verstand haben, einsparen lassen?

Gebt den Verführern mit dem Stimmgelb die Quittung: Ihr wißt, wohin Blut, Sprache und Gesittung Euch weisen, Ihr kehrt zurück zum Vaterland!

Ungetreten

Von Richard Posselt

Die Vorbereitungen sind beendet. Fünfzehn Jahre hat die deutsche Bevölkerung an der Saar um diesen Tag gerungen, der ihr die Freiheit wiedergeben soll. Fünfzehn Jahre hat Frankreich seine Durchdringungsmethoden angewandt, damit am Tage der Volksabstimmung „die Bevölkerung in die Lage versetzt wird, gerecht und frei über die Souveränität ihres Landes zu entscheiden“. Clemenceau hat in seiner Saarnote vom 29. März 1919 großzügig zugestanden, daß „den Deutschen, die ihr Land verlassen wollen, alle Erleichterungen und Garantien für die Flüssigmachung ihres Besitzes gewährt werden“. Wenn Clemenceau noch am Leben wäre, würde er vielleicht heute zu der Behauptung kommen, daß die 55 000 abstimmungsberechtigten Saarländer, die sich am 13. Januar von ihren jetzt außerhalb des Saargebietes befindlichen Wohnsitzen in ihre Geburtsheimat begeben, eben diese Deutschen sind, die dort nicht hingehören. Die aber geblieben sind und die am 13. Januar ihre Stimme abgeben werden, werden das „die 150 000 Saarfranzosen“ sein, deren Existenz er Wilson in Versailles glaubhaft machen wollte? Würde er tatsächlich der Meinung sein, daß es am 13. Januar etwa 50 000 Stimmen für Deutschland und über 500 000 Stimmen für Frankreich geben werde?

Wenn es so wäre, dann würde der 13. Januar die Richtigkeit der französischen Saar-Behauptungen in Versailles bestätigen, dann wäre die Saargebietsbevölkerung, das ganze deutsche Volk, fünfzehn Jahre lang in einem Irrtum befangen gewesen.

Der vom Völkerbundsrat gutgeheißene Saarbericht des Alois-Ausschusses läßt eine solche Deutung nicht zu. Er hat vielmehr die allergrößte Sorgfalt darauf verwandt, alle die Maßnahmen vorzubereiten, die notwendig sind, um auf Grund des in der Volksabstimmung zum Ausdruck kommenden Bevölkerungswillens die Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland möglichst reibungslos durchführen zu können.

Denn leider hat die von Frankreich beeinflusste Politik der Saarregierung ihre fünfzehnjährige Tätigkeit im wesentlichen dazu verwandt, die natürlichen Verbindungen des Saargebietes mit dem deutschen Vaterland auf

politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet systematisch zu zerstören, um die Rückgliederung unnütz zu erschweren. Denn so naiv ist niemand an der Saar, daß er glaubte, die Saarregierung hätte der Meinung sein können, die Bevölkerung würde eine andere als eine deutsche Entscheidung treffen. Und weil man diese naturwidrige Abschnürungspolitik fünfzehn Jahre lang hindurch betrieben hat, deshalb müssen jetzt umfassende Vorarbeiten geleistet werden, damit die Rückführung der Saar zu Deutschland so reibungslos wie möglich erfolgen kann.

Es ist richtig, es sind 55 000 Abstimmungsberechtigte heute nicht mehr im Saargebiet. Unter diesen sind rund 52 000 Deutschstämmige, die sich mit aller Kraft für die Heimkehr des Saarlandes einsetzen. Die übrigen ziehen den Nutzen aus der unsinnigen Bestimmung der Abstimmungsordnung, daß abstimmungsberechtigt jeder ist, der am Stichtag, dem 28. Juni 1919, im Saargebiet wohnberechtigt war. Dazu gehören also der ganze Anhang der französischen Besatzung, französische „Kaufleute“, die die günstige Konjunktur auszunutzen suchten, usw.

An die 52 000 ergeht jetzt der Ruf: Ungetreten! Denn auch sie gehören zu jenen Saardeutschen, die fünfzehn Jahre lang diesen Tag der Saar-Entscheidung herbeigesehnt haben, die fünfzehn Jahre lang gegen französische Annexionswillen gekämpft haben, und die heute bereit sind, ihre Treue zur deutschen Saarheimat durch die Tat zu beweisen.

Wenn für den Soldaten das Kommando ertönt: „Ungetreten“, dann tritt er in Reih und Glied seiner Truppe, stellt sich zu seinem Nebenmann und wartet der weiteren Befehle, die kommen müssen. Er hat hinreichend Zeit zur Vorbereitung gehabt. Jetzt treten alle seine privaten Interessen zurück gegenüber den soldatischen Aufgaben, die ihm gestellt sind. Seine ganze Aufmerksamkeit ist darauf gerichtet, in dem Glied, dem er zugeteilt ist, restlos seinen Mann zu stellen und in treuer Kameradschaft, in Disziplin und soldatischem Schweiß für das eine militärische Ziel zu kämpfen. Der wäre ein schlechter Soldat, der nicht mit ganzem Herzen in der Front stünde.

Jetzt ist an euch, ihr Saar Soldaten, das Kommando ergangen: „Angetreten!“ Nichts darf eure Aufmerksamkeit von dem großen Ziel ablenken, das euch in der Front der Saarabstimmungsberechtigten gestellt ist. „Das Saargebiet will und muß heim.“ Ihr steht jetzt marschbereit, um in siegesbewußtem Lauf die Höhe des fünfzehnjährigen Abstimmungskampfes zu bezwingen und dort das Siegesbanner deutscher Saarfürfreiheit aufzupflanzen.

Angetreten! Der Zeitpunkt ist erreicht, den wir alle so sehnsüchtig erwarteten. Unsere Brüder und Schwestern an der Saar, die fünfzehn Jahre in vorderster Front standen und den ungezählten Sturmangriffen des Gegners standzuhalten hatten, erwarten, daß wir vollzählig zur Stelle sind. Wollte einer von uns in dieser Front der Saarkämpfer fehlen, wollte einer die Meinung vertreten, daß der Kämpfer genug seien, so daß es auf ihn nicht mehr ankäme? Wer so denkt, hat im Herzen den Dolchstoß gegen seine kämpfenden Brüder und Schwestern geführt, hätte sein saardeutsches Heimatland verraten. Was wir schon einmal sagten, müssen wir hier wiederholen: Wer am 13. Januar fehlt, hat seine Stimme den Gegnern Deutschlands, den Separatisten, den Frankophilen, den Vaterlandsverrättern gegeben.

Wir haben eingangs gesagt, daß die Vorbereitungen für den Abstimmungskampf abgeschlossen sind. Es waren heiße Monate und Wochen, die hinter uns liegen. Es ist ungeheures an organisatorischer, kämpferischer und abwehrender Arbeit geleistet worden. Es ist vor allem auch Ungeheures an disziplinierter Zurückhaltung geschehen, weil es notwendig war, um den Gegnern saardeutscher Freiheit keinen Anlaß zu neuen Maßnahmen zu geben. Des müssen wir uns jetzt erinnern, wenn wir, die wir zum Antreten befohlen wurden, eigentlich nichts weiter zu tun haben, als uns in Reih und Glied zu stellen und den Vormarsch anzutreten. Denn auch die, die hier im Reich für die Abstimmung aufgerufen wurden, sie sind von einem sorgfältig aufgezogenen Apparat erfasst und von einer Organisation betreut worden, damit niemand vergessen werde. Alles geschah zur Erfüllung einer heiligen nationalen Pflicht, der Welt die naturgegebene Zugehörigkeit des Saargebiets zu Deutschland lückenlos zu beweisen.

Eine heilige nationale Pflicht ist allen auferlegt, denen die Abstimmungsberechtigung zusteht. Es ist jene Pflicht dem Volk und Vaterland gegenüber, wie sie jeder Soldat mit seinem Fahneid übernimmt. Daran muß jeder einzelne von uns Abstimmungsberechtigten denken. Abstimmungsberechtigung bedeutet Abstimmungspflicht, bedeutet heiligen Kampf fürs deutsche Vaterland, für die saardeutsche Heimat.

Angetreten! Jeder Soldat kennt die Bedeutung dieses Kommandos. Er tritt in die Front der Einsatzbereiten, derjenigen, die gegebenenfalls mit ihrem Blut und Leben die Einlösung ihres Treueides gewährleisten wollen. Wozu wir verpflichtet sind, ist nicht der Einsatz des Lebens, ist nur der Einsatz unserer Stimme für Deutschland. Aber dieser Einsatz muß uns allen so heilig sein wie der Sturmarsch des Soldaten zur Erzwingung des Sieges über den Feind. Da darf es kein Ueberlegen und kein Bedenken, kein Fragen und kein Belorgen geben: Unsere Saarfrontkämpfer haben in der letzten Sitzung des Saarlandesarates durch den Mund des Abg. Martin den Marschrichtungspunkt angegeben, der auch für uns allein in Frage kommt: „Unser Ziel heißt Deutschland!“ Ein Hundstott, der anders dächte oder gar anders handelte. Wie hieß es doch in

dem Notruf der Saarbevölkerung vom Dezember 1918 an den Präsidenten Wilson: „Wir sind Deutsche nach Abstammung, Geschichte, Sprache und Gesinnung. Wir wollen auch jetzt in der Zeit des tiefen Unglücks mit unsern deutschen Brüdern und Schwestern weiter vereint bleiben.“

Was wäre wohl mit dem geschehen, der damals in der Zeit der tiefsten deutschen nationalen Not, in der Zeit der ersten Wochen der Fremdherrschaft an der Saar gewagt hätte, zu erklären, daß der Einmarsch der Franzosen zu begrüßen sei, oder daß die Abtrennung des Saargebiets dem Willen der Bevölkerung entspräche. Die Volkswut hätte solchen Elenden zerrissen. Heute nach sechzehnjähriger Fremdherrschaft aber erheben einige ruchlose Gesellen diesen Ruf. Sie stehen unter dem Schutz ausländischer Mächte, die ein Interesse daran haben, das Saargebiet dem deutschen Vaterlande zu entreißen.

Gerade in diesen Tagen sind auf Verlangen separatistischer Elemente wieder 3000 Mann fremder Besatzung ins Saargebiet einmarschiert. Das deutsche Saarvolk wird die nicht vergessen, die sie riefen! Den englischen Soldaten ist vor ihrem Abtransport ins Saargebiet erklärt worden, „daß es unerwünscht sei, wenn englische Soldaten sich mit Saarländerinnen verheiraten wollten“. Ihnen würde die Heiratszulage verweigert und auch nach ihrer Rückkehr in die Heimat würden ihnen die Privilegien für verheiratete Soldaten nicht gewährt werden. Die Engländer sehen in der Verbindung eines englischen Soldaten mit einer Ausländerin eine Handlung, die sich mit ihrer nationalen Auffassung nicht verträgt. Was aber würde mit diesen Soldaten geschehen, wenn sie im Saargebiet sich ihrer Waffen und Uniformen entledigten und erklärten, daß sie die jetzige englische Regierung nicht anerkennen und es deshalb vorziehen, Saarländer zu werden? Sie würden des Vaterlandsverrats und der Desertion angeklagt.

Wie aber sind jene Menschen zu bezeichnen, die sich noch vor Jahren als Deutsche bekannten und die Versailler Saarregelung eine Bergewaltigung dieses deutschen Landes und seiner urdeutschen Bevölkerung nannten, und die heute mit allen Mitteln versuchen, das Saargebiet den Franzosen auszuliefern? Wie nennt man Menschen, die ihr Vaterland verraten und es zu schädigen trachten, wo es ihnen möglich erscheint? Es gibt nur eine in der ganzen Welt gebräuchliche Bezeichnung dafür, die aber im Saargebiet anzuwenden durch die Saarregierung verboten ist. Jedenfalls wird sie keine Maßnahme der Saarregierung von dem Makel befreien, daß sie das schimpflichste Gewerbe betreiben, das es in der Welt gibt.

Jeder separatistischen Stimme müssen aus dem Reich drei deutsche entgegengestellt werden. Deshalb kommt es auf die allerletzte Stimme auch der Abstimmungsberechtigten im Reich an. Die Niederlage der Separatisten muß vernichtend sein. Darum bedeutet das Kommando „Angetreten!“ für uns alle eine heilige Verpflichtung, damit der Schimpf, der dem Saargebiet durch das Separatisten-, Emigranten- und Kommunistentum anzutun versucht wird, restlos beseitigt wird. Machen wir wahr, was die Deutsche Front an der Saar in der letzten Sitzung des Landesrates ausgesprochen hat: „Alle Hoffnungen der Separatisten und Emigranten werden mit elementarer Wucht zerschlagen. Wir wollen vor aller Welt nochmals das Zeugnis ablegen, daß es nach sechzehnjährigem Kampf für das deutsche Saarvolk und für uns keine andere Lösung der Saarfrage gibt, als die restlose Rückkehr unserer deutschen Saarheimat zum geliebten deutschen Vaterland.“

Rückchau auf das Saar-Jahr 1934

Wenn die Silvesterglocken das alte Jahr 1934 ausklingen, dann findet ein Jahr und ein Geschichtsabschnitt seinen Abschluß, die beide für das Saargebiet, für Deutschland und für die neuzeitliche Weltpolitik historische Bedeutung erlangen werden. Denn in diesem einen Jahre fielen die Schleier in einem Kampf, der vor fünfzehn Jahren einsetzte und der heraufbeschworen war in der Absicht, eine politische Wahrheit zu verdunkeln. Die Kräfte, die fünfzehn Jahre lang arbeiteten, ohne ihre Maske zu lüften, sie sind in diesem Jahre 1934 in ihrer wahren Gestalt enthüllt worden.

Es ist im Verlauf des Jahres mit Recht einmal hervorgehoben worden, daß es am 13. Januar nicht um drei Fragen, sondern nur um zwei geht, nämlich: für Deutschland oder für Frankreich! Diejenigen, die in den verschiedensten Variationen und Temperamenten sich für den Status quo einsetzten, wußten genau, daß sie damit der französischen Saarannexion die Wege ebneten, daß sie die Politik Frankreichs machten. Wer sich darüber noch hätte im unklaren sein können, der wurde durch die Denkschrift und durch die Rede Barthous vor dem Völkerbund kurz vor seinem

Tode darüber belehrt, daß eine Status quo-Lösung die umschriebene Saarannektion durch Frankreich bedeutete.

Wer die Feinde des Saargebiets und Deutschlands sind, ist jetzt vor aller Welt offenbar. Ob sie sich Sozialisten oder Marxisten, Kommunisten oder „Christliche Volksbündler“ nennen, sie stehen alle im Dienste der gleichen französischen Annexionspolitik, sie erhalten ihre Subventionen alle aus der gleichen Propagandakasse, die Herr Kossenbeck verwaltet und die noch in den letzten Wochen des alten Jahres so rücksichtslos in die Öffentlichkeit gestellt wurde. Wir haben keinen Anlaß, jetzt, wo die Hintergründe der separatistischen Strömungen offengelegt sind, irgendeinen Milderungsgrund für die Drahtzieher und Puppen solcher Politik gelten zu lassen. Menschen, deren Geburtsort in deutscher Heimat steht, die eine deutsche Mutter haben, deren Voreltern aus deutschem Stamm hervorgegangen sind, sind Verräter ihres Blutes, ihrer Heimat, ihres Vaterlandes, wenn sie im Dienste des Auslandes arbeiten, wenn ihre Arbeit den Zweck hat, deutsche Scholle und deutsche Menschen dem Deutschland zu entreißen und sie einem fremden Staat zuzuführen. Und deshalb müssen wir in unserer Rückschau auf das vergangene Jahr diese Tatsache ausdrücklich unterstreichen, daß es Menschen deutschen Stammes sind, die der französischen Annexionspolitik an der Saar sich zur Verfügung stellten. Wenn so etwas unwissende und urteilsunfähige Menschen tun, dann wird man unter gewissen Voraussetzungen verzeihend über solche Dummheit hinweggehen können. Wenn es aber Menschen tun, die sich der Tragweite ihres Handelns voll bewußt sind, wenn sie sich für ihre deutschfeindliche Arbeit bezahlen lassen, und wenn sie es unternehmen, weniger urteilsfähige Kreise durch falsche Darstellungen, durch Verleumdung des eigenen Vaterlandes in eine Front von Verrätern und Verleumdern hinüberzuziehen, dann verdienen sie nicht mehr als die allseitige Verachtung und Ausstoßung aus der deutschen Volksgemeinschaft.

Es ist von diesen Kreisen versucht worden, parteipolitische und religiöse Gründe für ihr Handeln anzuführen. Bei dem Freiheitskampf des Saargebiets aber geht es nicht um Partei- oder Religionsanschauungen, sondern es geht um das Vaterland, um das Volk. Das aber sind Dinge, die allen anderen vorausgehen haben. Wenn man allerdings die Personen, die sich heute als „Führer“ der separatistischen Bestrebungen an der Saar ausgeben, betrachtet, wenn man ihre Vergangenheit kennt, dann weiß man, daß es sich noch nicht einmal um politische „Ueberzeugungen“, sondern um ganz gemeinen persönlichen Egoismus handelt. Das ist das Verabscheuungswürdigste, was es für einen deutschen Menschen geben kann, es ist dasjenige, was uns schon in der Bibel als das Gemeinste menschlicher Eigenschaften gekennzeichnet worden ist, nämlich die Judasnatur. Das Jahr 1934 hat die Judassee des Saargebiets ohne Hülle der ganzen großen Öffentlichkeit preisgegeben. Wir wissen, wer sie sind und was sie sind.

Wenn wir unsern Blick auf die Einzelheiten richten, die das Jahr 1934 brachte, so können wir auch nur einige der wesentlichsten Punkte hier festhalten. Festgestellt sei dabei, daß die Saarfrage nicht nur zu den schwierigsten und dringendsten außenpolitischen Problemen des abgelaufenen Jahres gehörte, sondern daß die ganze europäische Politik mehr oder weniger unter dem Druck des heroischen Ringens von Volk und Regierung um die Bereinigung der Saarfrage stand. Das deutsche Saarvolk hat in voller Erkenntnis der Notwendigkeit einer deutschen Einheitsfront an der Saar die parteipolitischen Gebilde von sich aus verlassen und sich am 1. März zur Deutschen Front zusammengeschlossen. Denn je einiger diese Front steht, um so durchschlagender die Stoßkraft des einigen Willens. Wiederholt nahm dieses Ringen nach der Genfer Einigung vom 1. Juni über den endgültigen Abstimmungstermin mit dem 13. Januar 1935 die leidenschaftlichsten Formen an. Am 17. Januar hatte der Völkerbundsrat die bisherige Regierungskommission des Saargebiets bis zur Abstimmung bestätigt, und schon am 14. Februar beantragte ihr Präsident Knoch beim Dreier-Ausschuß des Völkerbunds eine Verstärkung der saarländischen Polizei durch internationale Truppen. Der Landesleiter Pirro der Deutschen Front verbot gegenüber der Wählarbeit der separatistischen Status quo-Agitation Anfang März alles, was dem Eintritt in die

Deutsche Front den Charakter der Freiwilligkeit nehmen konnte, und verlangte schärfste Disziplin. Am 8. April erklärte Bischof Dr. Bornwasser-Trier, daß der saarländische Klerus sich rückhaltlos für die Rückgliederung des Saargebietes an das Reich einsetzen werde. Die Verhältnisse verschärfsten sich zusehends, als am 11. April die Regierungskommission die Befugnisse der von ihr besonders in der politischen Polizei angestellten Emigranten erweiterte. Nachts, ein geflüchteter marxistischer Polizeibeamter des alten Systems, wurde Leiter der gesamten Polizeiinspektion, Ritzel, ein wegen krimineller Delikte geflüchteter Polizeibeamter, Leiter der Kriminalabteilung und des Zollfahndungsdienstes. Am 14. April beschuldigt Knoch die Deutsche Front in Genf, sie kompromittiere die Freiheit einer eventuellen Abstimmung. Am 4. Mai werden die drei Sachverständigen für die Vorbereitung der Saarabstimmung ernannt. Am 6. Mai entwickelt Reichsminister Dr. Goebbels auf der Saarkundgebung in Zweibrücken ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Wiedereingliederung. Gleichzeitig stellt Pirro fest: 93 v. H. aller Abstimmungsberechtigten sind in der Deutschen Front organisiert.

Am 2. Juli tritt die Abstimmungskommission in Saarbrücken ihr Amt an. Nach einer aus durchsichtigen politischen Gründen durchgeführten Hausdurchsuchung bei der Landesleitung der Deutschen Front, Zeitungsverboten und weiteren Hausdurchsuchungen bei Zeitungen am 19. Juli entwickelt sich ein Denkschriftenkrieg, bei dem die Deutsche Front ständig gezwungen ist, die meist von dem Präsidenten Knoch gestützten unwahren Unterstellungen zu bekämpfen und zu widerlegen. Die Regierungskommission verweigert die Aufhebung der vom Untersuchungsrichter des Saargebiets verfüigten Beschlagnahmen bei der Deutschen Front, Pirro klagt darauf gegen Knoch. Inzwischen ist am 10. August der pfälzische Gauleiter Bürdel für Papen zum Saarbevollmächtigten der Reichsregierung ernannt. Letztere beschwert sich bei der Regierungskommission über die Duldung unerhörter Schmähungen des verewigten Reichspräsidenten in einigen separatistischen Zeitungen des Saargebiets (17. 8.).

Nachdem am 9. September der Völkerbundsratspräsident die Einstellung ausländischer Polizeikräfte billigt, fordert am 5. September eine französische Denkschrift den Dreier-Ausschuß zur Stellungnahme zu Fragen auf, die nach der Abstimmung im Saargebiet auftreten werden. Vor allem wird im Interesse einer Status quo-Lösung eine Neudefinition des Begriffs „Beibehaltung des jetzigen Regimes“ in französischem Sinne gefordert. Pirro und Landesratsfraktion der Deutschen Front protestieren in Genf gegen die unbegründete Polizeiforderung und das Verbot des Freiwilligen Arbeitsdienstes, ebenso gegen die parteiische Berichterstattung von Knoch (6. 9.). Die Volksabstimmungskommission verbietet am 17. Juli sämtlichen Behörden und Beamten alle Zusammenarbeit mit politischen Organisationen. Am 27. September hält der Saarausschuß des Völkerbundsrates die ausländische Verstärkung der Saarpolizei in mäßigen Grenzen für angebracht. Den Höhepunkt der Spannung erreicht die Lage, als Ende Oktober die Zusammenziehung französischer Truppen an der saarländischen Grenze gemeldet wird wegen angeblicher Putschabsichten der SA. an der Saar. Bürdel ordnet hierauf vom 10. Januar bis 10. Februar 1935 Uniformverbot für SA. und SS. des Saargrenzgebietes in einer 40-Kilometer-Zone um dieses an und verbietet Appelle, Aufmärsche und Zusammenkünfte jeglicher Art. Die Reichsregierung verwahrt sich am 5. November in Paris, London, Rom und Brüssel gegen französische Einmarschpläne, die hierauf von Laval dementiert werden.

Nach einem weiteren Denkschriften-Kampf, in dem die Deutsche Front den Terror der Einheitsfront und ihre planmäßigen Vorbereitungen zum Aufruhr darlegt, tritt eine gewisse Beruhigung ein, als am 15. November Laval im Auswärtigen Ausschuß der französischen Kammer bezüglich der Saarabstimmung erklärt, Frankreich werde alle Verpflichtungen aus der Saarabstimmung nach den geltenden Verträgen in friedlichem Geiste erfüllen. Am 16. November unterlagen die Bischöfe von Trier und Speyer dem saarländischen Klerus jede politische Betätigung im Saargebiet, ohne daß damit deren vaterländische Pflichten berührt werden sollen. Am 18. November erfolgt in Saarbrücken ein machtvolles Deutschumbekenntnis der Deutschen Gewerkschaftsfront. Eine neue Regierungsverordnung vom 22. November erlegt den deutschen Saar-Beamten völlige

politische Neutralität auf. Am gleichen Tage gibt die Abstimmungskommission die Abstimmungsberechtigten für den Stichtag, den 26. September, mit 532 740 bekannt, von denen 55 794 als außerhalb des Saargebiets wohnend in den Listen eingetragen sind. Am 29. September verfügt die Regierungskommission eine scharfe Kontrolle der Einreise ins Saargebiet. Einreiseerschwerungen sind vom 27. Dezember 1934 bis 26. Januar 1935 angeordnet für Nichtsaarländer und Nichtabstimmungsberechtigte.

Endlich wird am 3. Dezember die Welt durch die sensationelle Meldung aus Rom von einem Alpdruck befreit, daß in der letzten Sitzung des Dreier-Ausschusses und der deutsch-französischen Sachverständigen eine grundsätzliche Einigung über alle wesentlichen, mit dem Saarproblem zusammenhängenden Fragen zustande kam, auch über den Rückkauf der Saargruben. In der Genfer Ratssitzung, die das Abkommen zu sanktionieren hatte, gab am 5. Dezember Laval die weitere beruhigende Erklärung ab, daß Frankreich sich nicht an einer im Saargebiet aufzustellenden internationalen Polizeitruppe beteiligen werde. Am 11. Dezember beschließt der Völkerbundsrat die Aufstellung einer internationalen Polizeitruppe in Stärke von 3300 Mann unter dem Oberbefehl des englischen Generalmajors Brind; dazu stellen England 1500, Italien 1300, Schweden und Holland je 250 Mann. Mit diesem letzten Opfer der Saarbevölkerung hat, nachdem am 6. Dezember auch noch ein Einreiseverbot für SA. und SS. aus dem Reich von Büchel verfügt wurde, eine weitere Entlastung der deutsch-französischen Beziehungen stattgefunden, so daß die staatsmännische Kunst des Führers mit der nunmehrigen Lösung der Saarfrage und der nun wohl verhältnismäßig

reibungslos verlaufenden Abstimmung zur Rückgliederung am 13. Januar 1935 einen ganz großen Erfolg verbuchen kann.

Die Fronten im Saargebiet sind aufmarschiert. Nur durch die einseitige Unterstützung seitens der Saarregierung wird nach außen hin der Eindruck geschaffen, als stünde hinter dem Separatisten- und Emigranten-Klüngel ein größerer Haufe. In Wahrheit ist es lediglich die Auswirkung der französischen Propagandagelder, die Massen vortäuscht, die in Wahrheit nicht vorhanden sind. Leider behält die Saarregierung bis zum letzten Augenblick ihre feindselige Einstellung der eingeseffenen Bevölkerung gegenüber aufrecht. Das Verbot öffentlicher Kundgebungen beantwortete die Bevölkerung durch Riesenkundgebungen im geschlossenen Massenzelt, das Verbot der Giebelaufschriften mit dem eindeutigen Deutschbekenntnis. Das geradezu aufreizende Verbot des Flaggens in deutschen Farben aber hat mit dazu beigetragen, daß aus der deutschen Einheitsfront die granitene Front saardeutscher Freiheitskämpfer geworden ist, die am 13. Januar den ganzen Spul von Separatisten, Emigranten und Völkerbundstreuhänderschaft hinwegfegen wird.

1934 hat die Kampffronten geklärt. Schon sind die ersten Saarabstimmungsberechtigten von Uebersee zu hunderten im Saargebiet eingetroffen. Sie symbolisieren den unerschütterlichen Willen der Bevölkerung an der Saar, das Verbrechen von Versailles zu sühnen und das Saargebiet wieder zu dem zu machen, was es tausend Jahre und mehr gewesen ist:

Ein Vorposten des Deutschtums, ein heilig Land
der Treu! — H

„Status-quo“ und „zweite Abstimmung“

Max Braun und Hoffmann als Märchenerzähler

Von Werner Pardolt

Den saarländischen Separatisten um Braun, Hoffmann, Walz und Genossen sind nach der Veröffentlichung des Saarberichts die letzten Felle fortgeschwommen. Denn gerade auf den Völkerbund hatten sie im Hinblick auf die Barthousche Saardentschrift ihre letzte Hoffnung gesetzt, nachdem alle ihre Jongleurkunststücke an der Saar keinen Eindruck hinterlassen hatten. Was aber von dieser Barthouschen Dentschrift in dem Bericht Aloisis übriggeblieben ist, ist so geringfügig, daß man sich nunmehr auch im Separatistenlager selbst eingestehen muß, daß die Status-quo-Karte nicht gestochen hat. Wie aber sage ich es meinen Kindern? Das ist die Frage, die sich die Separatisten-„Führer“ des Saargebiets in ihren vertraulichen Beratungen vorgelegt haben. Man ist schließlich zu den bewährten Methoden des Frechdrauflosbehauptens zurückgekehrt, die man schon so lange, wenn auch erfolglos, angewandt hat.

Das muß man zunächst feststellen, um beurteilen zu können, was sich jetzt seit Wochen in der Separatistenpresse abspielt. Gewiß haben diese Leute insofern etwas voraus, als sie sich weiterhin der uneingeschränkten Bevorzugung durch die Saarregierung und ihre Ordnungsorgane erfreuen. Das hat wieder den Nachteil für sich, daß man in den Kreisen der Saarbevölkerung genau weiß, woher der Wind weht. Und da man diese Herrschaften zu Dutzenden Malen der Lüge überführen konnte, ist es schließlich kein Wunder, wenn man den Märchenerzählungen von Braun, Hoffmann und Genossen nicht mehr glaubt.

In der „Neuen Saarpfost“, der „Volksstimme“ und ähnlichen separatistischen Gewächsen bemüht man sich in jeder Nummer, der Bevölkerung weiszumachen, daß der Status quo eine wunderschöne Sache sei und das wahre Glück der Saarbevölkerung bedeute. Man verschweigt aber, wie sich in Wahrheit die Verhältnisse an der Saar bei Beibehaltung des gegenwärtigen Regimes gestalten würden. Man verschweigt, daß der Status quo die vollständige und endgültige restlose Trennung des Saargebiets von Deutschland bedeutete. In dem Bericht des Barons Aloisi heißt es zu diesem Punkt ausdrücklich: „Die Entscheidung

des Völkerbundes im Sinne der Aufrechterhaltung des durch den Vertrag errichteten Regimes hätte die Rechtswirkung, dem Völkerbund die Souveränität über das ganze oder einen Teil des Gebietes zu übertragen. Infolgedessen würde sich der Rechtstitel, auf Grund dessen der Völkerbund künftig die Regierung des Gebietes ausüben würde, ändern.“

Aus diesen Sätzen geht ausdrücklich hervor, daß mit dem Status quo jeder staatliche und politische Zusammenhang des Saargebiets mit dem deutschen Vaterland restlos gelöst würde, so daß das Saargebiet aus dem Staatsverband, aus den Reichsgrenzen und die Saarbevölkerung aus der deutschen Volksgemeinschaft ausscheiden würden.

Wer sich darüber noch nicht im klaren sein sollte, braucht nur den Abschnitt IB (Staatsangehörigkeit der Bewohner des Saargebiets und Optionsrecht) des Aloisi-Berichts nachlesen, der sich mit der Staatsangehörigkeit des Saargebiets befaßt. Darin heißt es unter a (Beibehaltung des gegenwärtigen Regimes) u. a.: „Würde das Saargebiet durch Beschluß des Völkerbundes der Souveränität des Völkerbundes unterstellt, so wäre die saarländische Staatsangehörigkeit zu schaffen. Alle im Saargebiet zum Zeitpunkt des Beschlusses des Völkerbundes wohnhaften Personen deutscher Staatsangehörigkeit würden die saarländische Staatsangehörigkeit von Rechts wegen und unter Ausschuß der deutschen Staatsangehörigkeit erwerben, vorbehaltlich der Ausführungen dieses Berichtes über das Optionsrecht.“ Den von Rechts wegen die saarländische Staatsangehörigkeit erwerbenden Bewohnern wäre ein Optionsrecht für die deutsche Staatsangehörigkeit zu gewähren.

Das heißt also, ins klare Deutsch übersetzt:

Bei einer Status-quo-Lösung verlieren die deutschen Staatsangehörigen des Saargebiets die deutsche Staatsangehörigkeit und erwerben automatisch die neu zu schaffende saarländische Staatsangehörigkeit. Diejenigen, die die deutsche Staatsangehörigkeit behalten wollen, müssen für Deutschland optieren, zählen aber in dem Augenblick der Option für

Deutschland in ihrem Geburts- und Heimatland an der Saar zu den Ausländern. Sie verlieren ihre Heimatrechte, und der neue Saarstaat wäre zu jeder Zeit in der Lage, diese „Optanten“ als lästige Ausländer abzuschieben.

Das alles steht klipp und klar in dem Bericht des Dreierausschusses des Völkerbundes. Und alles das erstreben Braun, Hoffmann, Walz und Genossen, wenn sie der Bevölkerung des Saargebiets unter Vorspiegelung falscher Tatsachen den Status quo als die beste und natürlichste Lösung nahelegen.

Wie ist es aber mit den wohlverordneten Rechten der Beamten, der Arbeiter, der Pensionäre und Sozialrentner? Die Separatisten, „führer“ erklären in ihrer Presse, daß an diesen wohlverordneten Rechten im Falle des Status quo nichts geändert würde. Das ist eine infame Lüge. Wie käme wohl Deutschland dazu, die Soziallasten für das Saargebiet weiterzuzahlen, wenn es seine Trennung vom deutschen Vaterland verlangen sollte? Wo steht übrigens dieses oder etwas Ähnliches in dem Bericht Alois? In dem Abschnitt B, der die Sozialversicherungen behandelt, wird u. a. gesagt: „Unter der Annahme der Aufrechterhaltung des im Vertrag festgesetzten Regimes stellt der Ausschuss fest, daß die erworbenen Rechte oder die Rechte, auf die eine Anwartschaft besteht, bei den Sozialversicherungsanstalten im Saargebiet durch Bewohner des Saargebiets aufrechterhalten bleiben im Einklang mit der jetzt im Saargebiet in Kraft befindlichen Gesetzgebung.“ Es war ja gerade das Bestreben der Saarregierung, die Sozialversicherung des Saargebiets von der des Reiches zu trennen. Durch eine entsprechende gesetzgeberische Regelung wurde diese Trennung vollzogen, und die Saarregierung wachte sorgfältig darüber, daß diese Trennung auch tatsächlich zur Durchführung kam. Für das Saargebiet bestehen, wie es ja auch in dem Alois-Bericht heißt, besondere Sozialversicherungsanstalten, die „durch Bewohner des Saargebiets aufrechterhalten“ werden. Braun, Hoffmann, Kuhn und Genossen haben ja in Zeiten, als sie sich noch zum deutschen Vaterland und zur deutschen Volksgemeinschaft bekannten, wiederholt entschieden mit Recht darauf hingewiesen, daß die Beiträge zu den saarländischen Sozialversicherungen wesentlich höher, die Leistungen aber wesentlich geringer als im Reich sind. Es ist das Reich gewesen, das durch einen freiwilligen Zuschuß zu den saarländischen Sozialversicherungen die Möglichkeit schuf, daß den saarländischen Pensionären und Sozialrentnern die gleichen Leistungen gewährt werden konnten wie denen im Reich. Wir glauben, daß es den Braun, Hoffmann und Genossen nicht allzu wohl sein würde, wenn die saarländischen Arbeiter und Angestellten den falschen Sirenengefangen der Separatisten, „führer“ folgten und nach der Lostrennung des Saargebiets vom Reich feststellen müßten, daß sie sich bei den Sozialansprüchen mit den Leistungen begnügen müßten, die die saarländische Sozialversicherung vorsteht und die Leistungsfähigkeit des „Saarstaates“ auch nur zuließe. Die vom Reich jährlich aufgewendeten Zuschüsse zur saarländischen Sozialversicherung belaufen sich auf über 20 Millionen Mark, die im Falle des Status quo selbstverständlich in Wegfall kommen. Für den einzelnen Sozialrentner würden das im Monat mindestens 6–20 Mark ausmachen. Für die Beamtenpensionen zahlt das Reich jährlich rund 6,5 Millionen Mark, für Offizierspensionen usw. jährlich 10,7 Millionen. Für bedürftige Saarländer und Saargänger wurden im letzten Jahre rund 7,5 Millionen Mark vom Reich gezahlt. Nimmt man hierzu noch die Zollstundungen, die Aufnahme einer großen Zahl von saarländischen Arbeitslosen in deutsche Arbeitslager usw., so würden dem Saargebiet im Falle des Status quo über 80 Millionen Mark jährliche Reichszuschüsse verloren gehen.

Bis heute haben Braun, Hoffmann und Genossen der saarländischen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenchaft von diesen Dingen nichts erzählt. Im Gegenteil, sie behaupten, daß sich die Lage für die Sozialrentner und Pensionäre an der Saar im Falle der Beibehaltung des jetzigen Regimes nicht ändern würde.

Folgte die Bevölkerung des Saargebiets den separatistischen Verführern, dann würde sie nicht nur ihr deutsches Vaterland und die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren, sie ginge im Falle der Option sogar ihrer saar-deutschen Heimat verlustig, würde in der Heimat zu Ausländern gestempelt, wäre der französischen Saarwirtschaft mit ihrem anhaltenden Niedergang

auf Gedeih und Verderb verbunden, würde aber in Frankreich wirtschaftspolitisch als unbequeme Konkurrenten behandelt, sie hätte zur Aufrechterhaltung der saarländischen Verwaltung und der Sozialgesetzgebung mindestens das Doppelte an Steuern aufzubringen, um dafür wirtschaftliches Elend, eine Kleinstaateneexistenz und ein Eldorado aller Emigranten und asozialen Elemente einzutauschen. Und das alles nur deshalb, weil einige wenige geltungsbedürftige Parteibonzen des alten Systems ein sorgenfreies Leben auf Kosten der Allgemeinheit führen möchten.

Diese selben Leute versuchen der Saarbevölkerung klarzumachen, daß sie bei einer Status-quo-Lösung ja jederzeit die Möglichkeit hätten, vom Völkerbund eine zweite Abstimmung und dadurch die spätere Wiederauflösung an Deutschland zu verlangen. Die Separatisten müssen die Bevölkerung für sehr gedankenschwach oder für sehr dumm halten, wenn sie sie mit solchen Erzählungen über die Erfahrungen der fünfzehn vergangenen Jahre hintertäuschen wollen. In dem in Versailles aufgestellten Saarstatut steht über die Rechte und Wohlfahrt der Bevölkerung an der Saar so viel Berühmtes, daß man hätte annehmen müssen, der Bevölkerung würde es unter dem Völkerbundsregime herrlich ergangen sein. Was haben denn aber Braun, Hoffmann und Genossen noch vor wenigen Jahren über die völlige Entrechtung der Saarbevölkerung durch das Völkerbundsregime geschrieben? Man braucht nur einmal die Protokolle des Saarlandestates nachzulesen, um daraus feststellen zu können, daß in 99 v. H. Fällen das Recht der Mitverwaltung und Mitberatung der Bevölkerung an den Geschicken des Landes durch die Völkerbunds-kommission mit Füßen getreten wurde, daß wohl in keinem einzigen Falle die Wünsche der Bevölkerung durch diesen Völkerbund Berücksichtigung gefunden haben. Die Frankenväherung wurde durch die Saarregierung gegen den einmütigen Willen und zum Schaden der Bevölkerung eingeführt. Die französische Besatzung wurde trotz entgegenstehender Bestimmungen vom Völkerbund bis zum Jahre 1927 an der Saar belassen. Und entspricht etwa die jetzige neue Besetzung des Saargebiets mit 3300 ausländischer Truppen dem Willen der Bevölkerung an der Saar? Die Sozialversicherungen wurden entgegen den bestehenden Saarstatutbestimmungen und gegen den einmütigen Willen der Bevölkerung von der des Reiches abgetrennt. Man frage doch einmal die Saarbergleute, die gezwungen wurden, ihre Kinder in die französischen Schulen zu schicken oder im Weigerungsfalle Arbeitsstelle, Brot und Obdach verloren. Das sind nur einige wenige Beispiele. Und doch unterstand das Saargebiet der Vertrennung des Völkerbundes! Braun und Hoffmann aber verlangen, daß die Saarbevölkerung ausgerechnet auf diesen Völkerbund, ihr Vertrauen auf eine zweite Abstimmung setzen solle!

Nun sagt man in der separatistischen Presse, neben dem Völkerbundsrat hätte der französische Außenminister Laval ausdrücklich die Möglichkeit einer zweiten Saarabstimmung unterstrichen. Wollen Braun, Hoffmann und Genossen nicht einmal die Jahressbände der „Volksstimme“, der „Landeszeitung“ (an der ja Hoffmann vor seinem Unfall als Chefredakteur tätig war) usw. nachschlagen, um sich davon zu überzeugen, daß schon im Jahre 1924 der Gedanke des Status quo einmal propagiert wurde. Damals war es ein französischer Senator, der sich durch die Jahrtausendfeier an der Saar davon überzeugt hatte, daß die Saarbevölkerung niemals sich für den Anschluß an Frankreich entscheiden würde. Deshalb schlug er vor, die Anschlußpropaganda fallen zu lassen, dafür aber für die Schaffung eines „selbständigen Saarstaates“ zu werben. Denn, so argumentierte er, für einen selbständigen Saarstaat würde die Bevölkerung eher gewonnen werden können als für den Anschluß an Frankreich. Die Hauptsache sei die Trennung des Saargebiets von Deutschland. „Ist diese Trennung erst vollzogen, dann wird es leichter gelingen, das auf sich selbst gestellte machtlose Saargebiet für den Anschluß an Frankreich zu gewinnen.“

Was das Saargebiet von Versprechungen des Völkerbundes zu halten hat, das zeigen uns auch die Vorgänge im Memelgebiet: Trotz Memelstatut und Mächtegarantie darf Litauen gerade das mit Füßen treten, was der memelländischen Bevölkerung ausdrücklich an autonomen Rechten vertraglich zugestanden wurde!

Hinter der Status-quo-Lösung steht also das Interesse Frankreichs, das Saargebiet auf dem Umweg doch noch einzu-

steden. Denn der Status quo ist eben die Vorlösung zum Anschluß an Frankreich. Niemand im Saargebiet wird glauben, daß das französische Interesse für das Saargebiet in dem Augenblick verlöschen würde, in welchem der Status quo vollzogen würde. Im Gegenteil, Frankreich würde diesen ersten Erfolg gerade durch seinen überragenden Einfluß im Völkerbund dazu ausnutzen, daß das Saargebiet immer mehr dem französischen Einfluß unterworfen und so für einen Anschluß an Frankreich reif gemacht würde.

Niemals aber wird Frankreich eine zweite Saarabstimmung zulassen, die einen Wiederanschluß des Saargebiets an Deutschland zum Ziele hätte. Die Propaganda von Braun, Hoffmann und Genossen für eine Status-quo-Lösung mit der Möglichkeit einer zweiten Abstimmung ist also nichts anderes als gewollte Irreführung der Bevölkerung und Vorarbeit für eine Saarannexion durch Frankreich. Denn eine 2. Saarabstimmung muß nicht lediglich einen Wiederanschluß an Deutschland zum Ziele haben, sie kann — und sie würde! — gegebenenfalls den Anschluß an Frankreich bezwecken!

Der Saar-Separatismus auf der Anflagebank.

Prof. Dr. Grimm über Status quo und seine Abstimmung

Vor dem Obersten Abstimmungsgericht wurde am 28. und 29. Dezember ein Prozeß verhandelt, der das Wesen und die Ziele des Saar-Separatismus rückhaltlos offenlegte. Angeklagt war der Wirtschaftsberater der Deutschen Front, Dr. Savelkoul, ferner die saarländischen Schriftleiter Weber und Spindler wegen der Veröffentlichung von Aufsätzen, die sich mit den eigenartigen Praktiken der Wechselstelle des dem Präsidenten der Saarbahnen, Niklaus, unterstellten Amtlichen Reisebüros bei der Verwertung von Registermark beschäftigten. Es wurde in den Artikeln behauptet, daß in der erwähnten Wechselstelle auf Veranlassung von Niklaus Hartgeld und Banknoten in Mengen und zu Kursen aufgekauft wurden, die den von der Reichsbank herausgegebenen Devisenvorschriften widersprächen, zumal es sich in erster Linie um Beträge handelte, die aus illegaler Registermark stammten. In den Artikeln war dem Präsidenten Niklaus vorgeworfen worden, daß dieses Verfahren dazu angetan sei, „separatistische Propaganda mindestens in der Wirkung gefördert zu haben“.

Präsident Niklaus fühlte sich durch diese Ausführungen beleidigt, und die Saarregierung strengte Klage beim Abstimmungsgericht an. Die Verteidigung der Angeklagten hatten der bekannte Strafrechtler Prof. Friedrich Grimm (Essen) sowie die saarländischen Rechtsanwälte Pörk und Dr. Diez übernommen. Präsident Niklaus trat als Nebenkläger auf.

Die als Zeugen geladenen Separatisten Hoffmann, Mah Braun und Walz hatten es vorgezogen, nicht zu erscheinen, ein Beweis dafür, daß sie zu feige waren, sich einem Zeugenverhör zu unterwerfen.

Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß auf Veranlassung bzw. nach Genehmigung von Niklaus an der Wechselstelle ein Schild angebracht wurde des Inhalts, daß „Markbeträge nicht angenommen würden“. Niklaus hatte auch vor Gericht zugegeben, „daß er sich entschlossen hatte, den Devisenbestimmungen der Reichsbank unter gar keinen Umständen nachzukommen“. Ferner mußte er zugeben, daß er ständigen Umgang mit den Führern der Separatisten hatte, daß Braun, Hoffmann, Walz, Prinz Löwenstein, Vater Dörr u. a. ständig bei ihm ein- und ausgingen, und daß während seiner Dienstzeit die Gründung der „Neuen Saarpfost“ und die angebliche Fälschung der Abstimmungslisten besprochen wurde. Schließlich wurde noch festgestellt, daß im Büro Niklaus separatistische Zeitungsartikel auf Dienstschreibmaschinen von der Sekretärin Niklaus' geschrieben worden sind.

Der Generalstaatsanwalt Haames (Luxemburg) verteidigte das Verhalten Niklaus' und seine Wechselstubenpolitik und behauptete, daß sich der Saarbahnpräsident ebenso wenig an die deutschen Devisenvorschriften wie an die französischen oder spanischen zu halten brauchte. Der Staatsanwalt beantragte schließlich gegen Savelkoul eine Geldstrafe von 5000 Franken und gegen die beiden Schriftleiter Weber und Spindler je 500 Franken.

Die Anklagen des Verteidigers Prof. Dr. Grimm

In seiner Verteidigungsrede ging Prof. Dr. Grimm ausführlich auf die französische Rheinlandpolitik im allgemeinen und auf den rheinischen und saarländischen Separatismus im besonderen ein. Er führte u. a. aus:

Wir Rheinländer sind nach den Erfahrungen einer Jahrhunderte alten Geschichte, die sich in den letzten 15 Jahren noch einmal mit einer unerhörten Wucht und Eindringlichkeit

vor unseren Augen vollzog, gewohnt, dieses Problem, dessen ganze Tragik wir empfinden, ohne Haß gegen das französische Volk zu betrachten. Wir identifizieren die Träger dieser Politik nicht mit dem französischen Volk. Wir wissen, daß heute Millionen von Franzosen über diese Frage, die das Kernstück des deutsch-französischen Problems überhaupt bildet, genau so denken wie wir, daß Millionen von Franzosen darauf warten, daß die jegliche Auseinandersetzung eine entscheidende Klärung dieser Frage herbeiführt und die Unterlage dafür schafft, daß diese unselige Politik Richelieus endlich überwunden werde.

Was ist Separatismus?

Beim rheinischen Separatismus waren also beide Elemente wesentlich:

Die einzige Frage, die hier ernstlich zu erörtern ist, ist die, ob der in diesem Zusammenhang erhobene Vorwurf der Förderung des Separatismus berechtigt ist. Es wird also gar nicht zu vermeiden sein, daß wir zunächst einmal untersuchen, was überhaupt „Separatismus“ ist. Der Name „Separatismus“, „Absonderung“, „Abtrennung“, ist in den Kämpfen der Nachkriegszeit zu einem feststehenden Begriff geworden. Man bezeichnet bei uns heute mit „Separatismus“ die Bestrebungen der rheinischen Sonderbündler, die unter Dr. Dorten, Smeets und Matthes 1919 bis 1923 die Bildung eines besonderen rheinischen Staates herbeiführen wollten. Wir Rheinländer, die wir diesen ganzen Kampf um den Rhein von 1919 bis 1924 mitgemacht haben, wissen genau, was der Separatismus der Dr. Dorten, Smeets und Matthes war: 1. der Effekt des Separierens und 2. die Beziehung zur französischen Traditionspolitik. Dabei war es belanglos, ob sich die damaligen Separatisten des letzteren Zusammenhanges bewußt waren oder ob sie nur aus Verblendung und innerpolitischem Haß, damals gegen Preußen, unbewußt die Geschäfte jener unseligen französischen Separationspolitik besorgten.

Es ist ferner wichtig, festzustellen, daß sich Dr. Dorten stets gegen den Vorwurf gewandt hat, daß er das Rheinland vom „Reiche“ abtrennen wollte. Er behauptete jedenfalls, daß er lediglich eine „Autonomie“ dieses Rheinlandes im Rahmen des Reiches erstrebe. Er behauptete ferner, daß er streng legal auf Grund des berüchtigten Art. 18 der Weimarer Verfassung vorgehen wollte. Die öffentliche Meinung im Rheinland hat dies allerdings immer nur als einen Vorwand betrachtet, besonders, nachdem der sogenannte Ganter-Gillmannsche Geheimplan bekannt wurde, in dem der Art. 18 der Weimarer Verfassung als die „Grube“ bezeichnet wurde, „in die Preußen-Deutschland hereinfallen“ sollte. Man kann also sagen, daß auch beim rheinischen Separatismus als ein weiteres Charakteristikum die Tatsache hinzukommt, daß die Separatisten sich auf ein gesetzlich ihnen zustehendes Recht berufen, was aber nicht hindert, daß die öffentliche Meinung diese Bestrebungen als Deutschland abträglich und im Rahmen der französischen Absplittierungspolitik liegend, somit als „Separatismus“, d. h. als ein verächtliches Unternehmen empfand und dementsprechend verurteilte.

Zwischen dem Separatismus am Rhein und den gleichen Bestrebungen an der Saar bestand von vornherein ein inniger Zusammenhang. Beide Bestrebungen haben die gleiche Wurzel, den gleichen Ursprung: Versailles und die unselige Richelieu-politik, die in Versailles in der Person von Clemenceau und Tardieu neu entstand.

Die Absplittierungsbestrebungen an der Saar bekamen erst eine Sonderexistenz, als nach dem Ruhrkampf und der Rheinlanddräumung der rheinische Separatismus erledigt war. Damals haben die Gutgesinnten in beiden Ländern versucht, zusammen mit der Rheinlanddräumung auch die Saarfrage zu regeln. Da vollzog sich 1930 ein tragischer Vorgang, der sich zum Schaden der beiden Völker so oft schon in der Geschichte abgespielt hat: Die Träger der Traditionspolitik, die am Rhein überwunden war, zogen sich auf den „kleinen Rhein“, den „petit Rhin“, wie es in Frankreich heißt, d. h. auf die Saarstellung zurück.

Die geistige Leitung der rheinischen Absplittierungsbestrebungen, die früher bei dem durch Barrès und Mangin beeinflussten „comité de la rive gauche du Rhin“, dem Komitee für das linke Rheinufer, in Paris gelegen hatte, ging auf die 1929 zu diesem Zweck gegründete „association française de la Sarre“, den französischen Saarverein, über, bei dem wirtschaftliche Interessenten der französischen Rüstungsindustrie den Haupteinfluß hatten. Französische Schriftsteller schreiben:

„An dem Tage, an dem sich die Rheinlanddräumung vollzog, gingen die beiderseitigen Delegationen auseinander, die zugleich mit der Rheinlandfrage auch die Saarfrage regeln wollten. Die Interessenten hatten die Verhandlungen, die einen wahren Frieden hätten herbeiführen können, meisterhaft torpediert.“

Der Status quo ist heute die französische Lösung

Seit 1930 wartete die französische Saarpropaganda ab. Bis 1935 war es noch eine lange Zeit. Man hoffte auf die „Ueberraschung“. Die Ueberraschung kam im Jahre 1933, als nach der großen Umwälzung in Deutschland die „Emigranten“ ins Saarland kamen, Menschen, die, von Haß gegen die Hitlerbewegung verblendet, genau so wie Dorten früher den Haß gegen Preußen predigte, sich bereit fanden, einer Lösung zuzustimmen, die sich gegen Deutschland wandte.

Die französische Absplittierungspropaganda in Paris, die bis dahin geschwiegen hatte, regte sich plötzlich wieder. Man schöpfte neue Hoffnung. Gewiß, das Saarland war deutsch. Ein unmittelbarer Anschluß an Frankreich kam auch jetzt noch nicht in Frage. Aber man konnte das Ziel vielleicht in Etappen erreichen. Die Etappe, die man mit Hilfe der Emigranten für 1935 propagieren wollte, war der Status quo. „Der Status quo“, so sagen die französischen Schriftsteller, „ist heute die französische Lösung.“

Prof. Grimm belegte diese französische Propaganda im Schlufkampfe um die Saar mit Zitaten aus französischen Veröffentlichungen. Für jeden, der die Tätigkeit der association française de la Sarre und ihrer Hilfsorgane kennt und die französische Status-quo-Propaganda seit 1933 sowie die verdächtige Tätigkeit der Herren Maß Braun, Wark und ihrer Freunde in Paris und Genf verfolgt hat, die so sehr an die Pariser Reisen Dr. Dortens erinnert, ist der innere Zusammenhang zwischen der heutigen von den Emigranten genährten Status-quo-Propaganda an der Saar und der französischen Absplittierungspolitik vollkommen klar.

In deutschem Gewand, in der Tarnung einer deutschen Oppositionspartei gegen Hitler, besorgen alle diese Propagandisten gewollt oder ungewollt die Geschäfte jener französischen traditionellen Saarpolitik, die in einer ununterbrochenen Kette von Richelieu über Versailles, Clemenceau und Poincaré, Rhein- und Ruhrkampf bis zum jetzigen Schlufkampfe an der Saar führt.

Das aber ist für die Begriffsbestimmung des Separatismus von wesentlicher Bedeutung. Zum Beweise für die Richtigkeit seiner Ausführungen überreichte Prof. Grimm dem Gericht eine Reihe von Büchern, die französischen Bücher sämtlich im Original, in denen die Ziele und Methoden der französischen Separationspolitik am Rhein und die gleichen Bestrebungen an der Saar bis ins kleinste belegt sind.

Engster Zusammenhang zwischen Status quo und französischen Drahtziehern

Es ist ein erdrückendes Material, so fuhr Dr. Grimm fort, das ich mit der größten Zurückhaltung und Vorsicht zusammengestellt habe. Aus all diesen Quellen ist der innere Zusammenhang zwischen der jetzigen Status quo-Propaganda an der Saar und den Bestrebungen der französischen Drahtzieher klar erwiesen. Es bedarf für den, der diese Zusammenhänge kennt, gar keiner Enthüllungen mehr, wie sie z. B. im Falle Rosenfeld auch den Fernstehenden die Augen geöffnet haben. Aber auch das zweite Ele-

ment des Separatismus, das Separieren, besteht. Es ergibt sich einwandfrei aus dem Buchstaben des Versailler Vertrages. In § 35 der Anlage zu Art. 50 Versailler Vertrag ist bestimmt, daß im Falle einer Entscheidung zugunsten des Status quo Deutschland sich schon jetzt verpflichtet, zugunsten des Völkerbundes auf seine Souveränität zu verzichten. Das heißt m. a. W.: Wenn der Status quo käme, würde Deutschland seine Souveränität über das Saargebiet automatisch verlieren. Bis jetzt besteht die Souveränität Deutschlands über dieses Land noch, das Saargebiet ist Deutschland. Die Menschen, die hier wohnen, sind Deutsche; nicht nur im Sinne des Volkstums, sondern auch im staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Sinn.

In dem Augenblick, in dem der Status quo-Staat käme, würde das anders. Das Saargebiet wäre dann für Deutschland Ausland, ein fremder Staat wie Luxemburg, Memel, Danzig und Oesterreich. Die Saarbewohner würden ihre deutsche Staatsangehörigkeit verlieren. Sie würden Auslandsdeutsche. Das jetzt noch bestehende rechtliche Band zwischen Deutschland und dem Saargebiet würde zerschnitten. Alles dies hat ja auch der Aloisi-Bericht in mustergültiger Klarheit herausgearbeitet.

Man kann auch nicht einwenden, daß das Element des Separierens bei den heutigen Status quo-Anhängern deshalb nicht bestünde, weil sie für eine zweite Abstimmung eintreten. Die heutigen Status quo-Propagandisten in Paris und im Saargebiet wissen ganz genau, daß die deutschen Bewohner des Saargebietes die Trennung von Deutschland nicht wollen. Sie suchen daher die Saarbewohner durch die Behauptung von der Möglichkeit einer zweiten Abstimmung zu beruhigen. Sie geben zwar zu, daß das Saarland durch den Status quo zunächst einmal von Deutschland getrennt würde.

Eine zweite Abstimmung — eine juristische Unmöglichkeit

Aber sie sagen: Das ist nicht so schlimm. Wir kommen später doch noch einmal zurück zu Deutschland. Dabei sagen die Propagandisten in Frankreich ihren Landsleuten ganz offen, wohin die Reise gehen soll:

„Im Falle des Status quo bleibt die wirtschaftliche Verbindung mit Frankreich. Wir bleiben Eigentümer der Gruben. Der wirtschaftlichen Verbindung würde die politische Angleichung folgen. Die Annexion des Saarlandes ist auch heute noch das letzte Ziel.“

Ich glaube hierdurch den Beweis geführt zu haben, daß die sogenannte Status quo-Bewegung an der Saar den Namen „Separatismus“ verdient.

Sie würde, wenn sie von Erfolg gekrönt wäre, die Abtrennung des Saarlandes von Deutschland zur Folge haben, und diese „Abtrennung“ wäre definitiv. Das Saarland wäre für Deutschland verloren. Die Behauptung von der zweiten Abstimmung ist eine juristische Unmöglichkeit, und die vagen politischen Versprechungen, die man in Genf gemacht hat, sind juristisch und politisch wertlos.

Sie sind nur geeignet, Verwirrung zu stiften und der antideutschen Status quo-Propaganda Waffen zu geben. Die heutige Status quo-Bewegung, auf die ja in dem angefochtenen Artikel angespielt ist, wie die Worte der separatistischen Drahtzieher Hoffmann, Braun, Wark beweisen, verdient somit den Namen „Separatismus“, ja sie ist sogar noch schlimmer als der rheinische Separatismus.

Dorten, Smeets und Matthes wollten, so behaupteten sie wenigstens, das Rheinland nur von Preußen abtrennen. Der gesunde Sinn des rheinischen Volkes hat ihre Bestrebungen als verächtlich abgetan. Die Statusquoisten von heute aber wollen das Saargebiet vom Reich abtrennen. Die Dorten-Leute beriefen sich für die Legalität ihrer Handlung auf ein rein deutsches Gesetz, die Verfassung von Weimar. Die Statusquoisten von heute aber berufen sich für die Legalität ihrer Handlungsweise zwar auch auf ein deutsches Gesetz, aber ein Gesetz, das uns aufgezwungen wurde, das Diktat von Versailles. Auf das Diktat von Versailles, gegen das seit 15 Jahren das ganze deutsche Volk einen legalen Kampf führt, einen Kampf, der mit uns geführt wird von den Gutgesinnten der ganzen Welt auch in Frankreich!

Ein Deutscher, der sich auf den Versailler Vertrag beruft, um damit eine Deutschland schädigende Handlung zu rechtfertigen, begeht damit allein schon eine Handlung, die die Gesamtheit aller Deutschen als verächtlich ablehnt, und mit ihm die Mehrheit aller gerecht Denkenden in der ganzen Welt. Ich halte daher bezüglich des Vorwurfes der Förderung des Separatismus den Wahrheitsbeweis für geführt.

Es liegt aber auch aus einem anderen Grunde keine strafbare Handlung vor. Das deutsche Recht, das im Saargebiet gilt, kennt den Begriff der Wahrung berechtigter Interessen. Professor Grimm begründete dann das Vorliegen berechtigter Interessen im einzelnen. Savelsbous war der Wirtschaftsberater der Deutschen Front. Er war also berufen, der schädlichen Wirkung entgegenzutreten, die die Verweigerung der Markteinlösung in der Eisenbahnwechselstube für die deutschen Belange haben mußte. Als Präsident der Eisenbahnen des Saargebiets gehört der Nebenkäufer zu den höchsten Beamten des Saargebiets und der heute im Saargebiet regierenden Völkerbundskommission. Er ist aber zugleich auch heute noch ein beurlaubter Beamter der deutschen Reichseisenbahn. Er ist erst im Jahre 1920 als deutscher Beamter der Regierungskommission zur Dienstleistung im Saargebiet zur Verfügung gestellt worden. Eine doppelte Beamtenstellung, die doppelt verpflichtet.

Die Aufgaben des Treuhänders

Als bloß beurlaubter deutscher Beamter hat Niklaus, entsprechend dem Badener Übereinkommen vom 21. 12. 1925, die Treuepflicht gegenüber Deutschland, nichts zu tun, was das heiligste Recht des deutschen Saargebiets beeinträchtigen könnte, die Heimkehr des deutschen Saargebiets verhindern könnte, die Heimkehr zum Vaterland, die § 34 des Saarstatuts verbürgt. Diese Pflicht des deutschen Beamten steht in keinem Gegensatz zu den Pflichten des Völkerbundsbeamten. Im Gegenteil. Diese Pflichten decken sich. Der Völkerbund hat im Saargebiet nur die Stellung eines Treuhänders. Ein Treuhänder ist aber dazu da, ein Land, das ihm zu treuen Händen nur zur vorübergehenden Regierung übergeben worden ist, für Rechnung des Souveräns des Landes im Geiste des Treuhandvertrages zu verwalten. Alle Handlungen des Treuhänders müssen von der Regel beherrscht sein, daß er die Interessen des Souveräns entsprechend dem Treuzweck zu achten hat, und zwar sowohl die Rechte des gegenwärtigen Souveräns, dessen Rechte er nicht über das unbedingt Erforderliche des Treuzweckes beschränken darf, als auch die Rechte des zukünftigen endgültigen Souveräns, dessen Anwartschaft er im Rahmen der kollidierenden Interessen zu wahren hat. Die Souveränität des Landes ist bei Deutschland verblieben.

Jeder deutsche Saarbewohner hat gegenüber seinem Vaterlande Deutschland das Recht und die Pflicht, alles in seiner Macht stehende zu tun, daß die deutsche Souveränität über dieses deutsche Land nicht mehr beschränkt und beeinträchtigt wird, als die Bestimmungen des Versailler Vertrages unbedingt verlangen. Es entspricht insbesondere den anerkannten Grundätzen des Völkerrechtes, daß zweifelhafte Bestimmungen des Versailler Vertrages und damit auch des Saarstatuts immer zugunsten Deutschlands, d. h. so auszulegen sind, daß dabei die Souveränität Deutschlands den geringsten Schaden erleidet.

Das hat z. B. der auf Grund des Art. 304 Versailler Vertrag eingefetzte Gemischte Schiedsgerichtshof nach einer grundlegenden Verhandlung in Genf, unter dem Vorsitz des Präsidenten Robert Fazy, entschieden. Gegen diese doppelte Treuepflicht

hat der Präsident Niklaus hier in grober Weise verstoßen und dadurch der deutschen Sache schweren Schaden zugefügt. Es war Recht und Pflicht des Angeklagten, als deutscher Staatsangehöriger im Saargebiet und Vertreter der deutschen Führung diese schwere Amtspflichtverletzung des Präsidenten Niklaus öffentlich zu rügen. Es dürfte heute feststehen, daß der Nebenkäufer für seine Person Anhänger der Status-quo-Bewegung ist und die Bestrebungen der Herren Hoffmann, Braun und Walz billigt, daß er das auch durch Handlungen nach außen hin zu erkennen gegeben hat. Ich bin der Meinung, daß ein solches Verhalten weder mit seiner Stellung als deutscher Beamter, noch mit seiner Stellung als Völkerbundsbeamter vereinbar ist, und Niklaus beide Ämter zur Verfügung stellen mußte.

Französische Schriftsteller verurteilen den „deutschen“ Separatismus

Es liegt auch keine Formalbeleidigung vor. In dem ganzen Artikel ist keine grobe, gehässige oder in der Form ungebührliche Bemerkung zu finden. Ich möchte dem Gericht empfehlen, einmal irgendeine Status-quo-Zeitung zur Hand zu nehmen und irgendein Blatt aufzuschlagen. Dort kann man feststellen, was Formalbeleidigung ist. Ich bitte das Gericht weiter, die französischen Autoren nachzuprüfen, deren Werke ich hier dem Gericht vorgelegt habe. Das Gericht wird dann finden, daß die französischen Schriftsteller sehr viel härtere Urteile über den deutschen Separatismus und den darin liegenden Mangel an Vaterlandsliebe abgeben, als es bei den deutschen Schriftstellern der Fall ist, die dieses betrübliche Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte behandeln.

In der Wahl des Ausdrucks „Separatismus“ allein kann aber noch keine Formalbeleidigung erblickt werden. Es ist nicht ohne Bedeutung, festzustellen, daß der Angeklagte Savelsbous in seinem Artikel einen Unterschied macht zwischen den Herren Hoffmann, Braun und Walz, die er „die separatistischen Drahtzieher“ nennt und Niklaus, dem er in dem Artikel nur vorwirft, durch sein Verhalten in der konkreten Angelegenheit der Wechselstube „separatistische Propaganda, mindestens in der Wirkung, gefördert zu haben“. Eine anders geartete rechtliche Betrachtung ergibt sich auch nicht aus der Bestimmung des § 34 Abs. IV der Anlage zu Art. 50 des Versailler Vertrages, wonach der Völkerbundsrat „die näheren Einzelheiten und den Zeitpunkt der Abstimmung so festzusetzen hat, daß eine freie, geheime und unbeeinflusste Stimmabgabe gesichert ist“. Diese Bestimmung ist nach den allgemeinen Auslegungsregeln des Völkerrechtes, die ich eben entwickelt habe, zugunsten der deutschen Souveränität eng auszulegen.

Gerade diese Bestimmung des § 34 über die freie, geheime und unbeeinflusste Stimmabgabe gibt auch den Deutschen des Saargebiets nochmals das Recht, das sie schon so wie so haben, ihre Landsleute über die Verblendung und Schädlichkeit der gegen Deutschland gerichteten Status-quo-Propaganda und ihre in der Auswirkung dem Separatismus völlig gleichen Ziele, die zum Verlust des Saargebietes für Deutschland führen müssen, aufzuklären.

Mit Panzerwagen gegen wen?

Das Saargebiet hat seit kurzem wieder eine fremdländische Besatzung. Niemand weiß recht, was sie dort soll. Die Separatisten und Emigranten aber haben es tatsächlich fertig gebracht, der Saarbevölkerung kurz vor ihrem Freiheitsziel alles Ungemach und alle Erniedrigung einer Besatzung zu bescheren. Zwar spricht man nicht von einer Besatzung, sondern von internationalen Abstimmungstruppen. Einen Unterschied vermögen wir nicht zu erkennen, besonders wenn wir die Panzerwagen und sonstigen schweren Waffen sehen, die sie mitbrachten. Wir sind davon überzeugt, daß diese Soldaten mit ihren Offizieren keine bösen Absichten gegen die Saargebietsbevölkerung hegen. Sie sind Soldaten und führen einen Befehl aus, der ihnen geworden ist. Wenn man die Erklärung des Brigadiers einer der englischen Truppenabteilungen liest, die er englischen Pressevertretern über seine Aufgaben gemacht hat, dann kann man mit einiger Beruhigung den weiteren Dingen an der Saar entgegensehen, vorausgesetzt, daß nicht unbefugte Elemente oder gewisse Interessenten nicht einen unheilvollen Einfluß ausüben. Dieser Brigadier sagte nämlich: „Wir gehen als Friedens-

mission nach der Saar, in der Absicht, unser Bestes zu tun, um freundschaftlich mit allen Parteien an der Saar zu verkehren. Der Deutsche ist kein schlechter Mensch, er ist ein tapferer Soldat. Wir werden recht viele Fußbälle mit uns nehmen, und wir werden öfters mit ihnen spielen. Wir werden einzig darauf bedacht sein, uns aus allen Konflikten herauszuhalten, und ich bin fest davon überzeugt, daß es uns gelingt.“

Wie gesagt, das klingt durchaus harmlos. Und dennoch müssen wir fragen: Wozu Panzerwagen?

Vielleicht gibt eine Antwort ein im „Neuen Wiener Journal“ veröffentlichtes Interview seines Korrespondenten mit dem „Geibdetektiv“ des Herrn Präsidenten Knox, dem Mister Reginald Geoffrey, dem Chefdetektiv von Scotland Yard. Als wir dieses Interview vor vier Wochen irgendwo veröffentlicht fanden, konnten wir uns eines Rächels nicht erwehren, da wir uns sagten, daß das erwähnte Wiener Blatt einem Wikbold zum Opfer gefallen sein muß. Nachdem wir aber von amtlicher Seite des Auslandes erfahren mußten, daß die 3300 Mann Saarbesatzung mit Panzerwagen und anderen schweren Waffen und

mit viel Munition ausgerüstet wurden, da haben wir uns fragen müssen: Woher droht gegen wen Gefahr? Denn die ausländischen Truppen müssen doch durch irgend einen Vorfall oder durch irgendeine Anweisung veranlaßt sein, diese schweren Waffen mitzunehmen. Es handelt sich um Waffen, die Deutschland als Verteidigungswaffen bisher nicht zugestanden worden sind!

Wenn das Wiener Blatt die Ausführungen des Leibdetektivs des Herrn Knox richtig wiedergegeben hat, dann muß man zu der Auffassung kommen, daß aus dieser Rede die Anregungen für die schwere Bewaffnung der Besatzungstruppen gegeben worden sind. Hat doch Mister Geoffrey dem Wiener Journalisten wörtlich erklärt:

„Wenn der Gentleman (damit ist Herr Geoffrey selbst gemeint) einen Augenblick wegschaut, kann Europa in Brand geschossen sein. Denn es genügt tatsächlich eine einzige Kugel aus dem Revolver eines Fanatikers, um unsere friedlose Welt in ein Blutbad ohne gleichen zu stürzen: Wenn diese Kugel nämlich Mister Knox trifft, den Präsidenten der Regierungskommission an der Saar. Mister Knox ist heute der weit gefährdetste Mann in Europa. Hinter jeder Straßenecke, die sein Dienstanto kreuzt, auf jedem Empfang, zu dem er sich begibt, bei jeder Audienz, die er gewährt, kann es geschehen, daß der Tod lauert.“

In diesem Stil geht es über eine halbe Seite. Wer das liest, muß entsetzt die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und sich fragen: Liegt das Saargebiet noch in Europa oder ist es ein finsterner Stadtteil von Chicago?

Wir bilden uns ein, das Saargebiet und seine Bewohner auch zu kennen. Wir haben noch nie solche Unsicherheit und Blutdürstigkeit angetroffen, wie sie hier angedeutet wird, ausgenommen die Besatzungszeit, in der man sich ein Vergnügen daraus machte, farbige Truppen auf die Bevölkerung loszulassen. Herr Hoffmann fand damals nach seinem eigenen Geständnis gar nicht den Mut, ins Saargebiet zurückzukehren. Und da er ja ein mutiger Mensch sein will, muß es wirklich schlimm gewesen sein! Sonst aber? ... „Wenn der Gentleman einen Augenblick wegschaut, kann Europa in Brand geschossen sein!“ „Daß du die Meese ins Gesicht behälst“, würde Onkel Bräsig sagen. Leben wir denn in der Wirklichkeit oder in der Fälschungszeit?

Aber die Tatsache ist nicht wegzuleugnen, daß 3300 Mann ausländischer Besatzung mit Tanks und schweren Waffen ins Saargebiet einmarschiert sind. Und da das Interview des „Neuen Wiener Journal“ mit dem Chefdetektiv von Scotland Yard bisher nicht dementiert worden ist, muß man annehmen, daß Herr Knox mit diesen Ausführungen einverstanden ist. Sollte er wirklich in ernster Sorge um seine persönliche Sicherheit gewesen sein? Soll er sich wirklich sechs Detektive von Scotland Yard nach Saarbrücken haben kommen lassen, weil er sich ständig bedroht fühlte? Dann muß das Saargebiet sich ganz gewaltig verändert haben. Und wir möchten glauben, da Herr Knox diese Gefährlichkeit im Saargebiet durch seine Berichte nach Genf und durch Anforderung von Truppen ausdrücklich bestätigt hat, daß die Sicherheit und Ordnung an der Saar nicht mehr die gleiche ist wie ehemals. Da sich aber die friedliebende und ruhige Bevölkerung innerhalb weniger Monate nicht in blutgierige Bestien verwandelt haben kann, bleibt nur eines übrig: Die von Herrn Knox so hochgeschätzten Emigranten sind das unruhige Element, das ihm selbst heute Besorgnis einflößt. Dann aber fragen wir: Warum veranlaßt er nicht das einzig Richtige und einzig Wirksame, nämlich die Ausweisung aller Elemente, die sich in den letzten Jahren im Saargebiet niedergelassen haben, und deren Schutz der Völkerbund ausdrücklich abgelehnt hat. Wenn er sich zu dieser Maßnahme nicht bereit fand, sondern die Anwesenheit dieser Elemente weiterhin duldet und aus ihren Reihen sogar Leute auswählte, um sie der saarländischen Polizei einzuliefern, dann bleibt nur eine Annahme übrig, daß er sich mit Militär und Panzerwagen aus anderen Gründen umgeben wollte — für seine persönliche Sicherheit jedenfalls sind sie nicht nötig, kein Saarländer wird ihm etwas zu Leide tun. Herr Knox soll aber nicht vergessen, daß er damit ein Spiel treibt, für das er die Verantwortung zu übernehmen haben wird. Für die Entsendung ausländischer Truppen haben Deutschland und Frankreich die Kosten zu tragen. Welches Interesse hatte Herr Knox, um diese unnützen Kosten hervorzurufen und eine neue Beunruhigung und Mißstimmung in der Saarbevölkerung auszulösen?

Wir sind der Meinung, daß Herr Knox die ganze Saarfrage von einem Gesichtspunkt aus betrachtet, der seiner Stellung als

Präsident einer neutralen Verwaltungskommission nicht entspricht. Es ist leider eine Tatsache, daß er sachliche Verständigung mit der eingewohnten Bevölkerung ablehnte, sich aber bemühte, mit den Gegnern dieser Bevölkerung Fühlung zu halten. Separatisten, Emigranten und Kommunisten erfreuen sich seiner bevorzugten Fürsorge und seines Schutzes. Er durchsetzte die saarländische Polizei mit Elementen, die aus politischen oder kriminellen Gründen von der Bevölkerung entschieden abgelehnt werden. Er verschrieb sich aus seiner Heimat Beamte für die Polizei, die sich als untauglich erwiesen haben. Besonders auffallen muß es, daß diese englischen Beamten mit den Emigranten und Separatisten verkehrten und in deren Stammlokal ein und aus gingen.

Das Unglaublichste ereignete sich Mitte Dezember, als ein neugeborener englischer Polizeioffizier namens Justice, der der Saarpolizei angehörte, nach Besuch eines Emigrantenlokals in trunkenem Zustande durch die Hohenzollernstraße Saarbrückens raste, die Macht über den Wagen verlor und in eine Menschenmenge auf dem Bürgersteig hineinfuhr. Der englische Polizeioffizier versuchte, mit dem Wagen davonzufahren, wurde aber von der empörten Menschenmenge zurückgehalten, damit die inzwischen benachrichtigte Polizei ordnungsmäßig den Vorgang feststellen konnte. Er zog seinen Revolver und feuerte zwei Schüsse ab, von denen einer einen friedlichen Saarbrücker verletzte. Wir haben Verständnis dafür, daß ihm für diese doppelte Untat eine angemessene Tracht Prügel verabreicht wurde.

Nun aber passierte etwas, was die Haltung der Saarregierung in ein mehr als eigenartiges Licht stellt. Der von der Saarregierung veranlaßte Polizeibericht stellte den Vorgang so dar, als habe Justice den Wagen umlenken wollen und sei dabei mit der Bevölkerung in Konflikt geraten. Auch wurde von der Abgabe mehrerer Schüsse gesprochen in der offensibaren Absicht, dadurch die Meinung aufkommen zu lassen, als seien diese Schüsse zum Teil von Saarbürgern abgegeben worden. Mit Befriedigung stellen wir aber fest, daß sich die englische Regierung in sehr eindeutiger Weise gegen das Verhalten des englischen Polizeioffiziers ausgesprochen und schärfste Abmahnung zugelegt hat. Die Folgen blieben denn auch nicht aus. Denn der Chef der saarländischen Polizei, der Engländer Ministerialrat Hemsley, nahm seinen Abschied, und von Herrn Justice hat man nicht gehört, daß er seinen Dienst in Saarbrücken wieder aufgenommen hat. Das ist die schärfste Verurteilung für das Verhalten des Präsidenten Knox; denn er wäre der zunächst Berufene gewesen, die Wahrheit festzustellen und die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen. Es bedurfte erst des Eingreifens der englischen Regierung, damit die Angelegenheit eine gerechte Erledigung fand.

Wir stellen weiter ausdrücklich fest, daß die englischen Truppen, die zu den internationalen Polizeitruppen des Saargebietes gehören, mit dieser Angelegenheit nichts zu tun haben, und daß das bisherige Verhalten der englischen wie der übrigen Soldaten keinen Anlaß gibt, zu befürchten, daß sie dem Beispiel des Herrn Justice und des Herrn Hemsley folgen wollen. Denn Herr Hemsley hat seine Neutralität dadurch verletzt, daß er in Emigrantenlokalen verkehrte und an dem Rechgelage beteiligt war das dem Vorfall in der Hohenzollernstraße vorausging.

Darüber teilte ein Schweizer Journalist unter Betonung seiner Verantwortlichkeit für jede Zeile etwa das nachstehende mit:

„Während meines Aufenthaltes in den letzten Tagen in Saarbrücken hatte ich reichlich Gelegenheit, die Rolle der internationalen Polizeioffiziere im Saargebiet zu beobachten. Ich muß ehrlich sagen, daß diese Rolle oft nicht mit dem Bild übereinstimmt, das ich im allgemeinen bis jetzt von Offizieren seiner königlichen Majestät von England gehabt habe. Bei ihrem Amte, das ihnen äußerste Zurückhaltung auferlegt, das ihnen bei der Saarbevölkerung den Ruf und das Gefühl einer unbedingt zuverlässigen Unparteilichkeit geben sollte, hätte ich von dem inzwischen zurückgetretenen Polizeichef Hemsley und von dem Captain Justice ein anderes Benehmen erwarten dürfen. Während meines kurzen Aufenthaltes in Saarbrücken habe ich fast Tag für Tag die Führer der internationalen Abstimmungspolizei in den vorzugsweise von Emigranten besuchten Lokalen beobachten können, und zwar meist in größtendlichen Festlichkeiten, die niemals vor der Polizeistunde um 3 Uhr ihr Ende nahmen. Dies stände aber schließlich jedem frei, und ich wäre der Letzte, der aus einer kleinlichen Moral heraus erwachsenen Leuten, die wissen, was sie zu tun — oder es wenigstens wissen sollten — daraus einen Vorwurf machen wollte. Aber während dieser Vergnügungen verkehrten besonders Herr Hemsley ausnahmslos mit Separatisten und Emigranten und hielt mit keineswegs abstimmungsberechtigten

Separatistenbehern und darüber hinaus mit offen bekannten Vertretern der III. Internationale, an Einzeltischen Beratungen ab. Ich kann auf vier solche Einzelbesprechungen hinweisen.

Weiter ließ sich Herr Hemsley und verschiedene andere Polizeioffiziere in der berühmten Emigranten-Bar „L. K.“ die Zeitungen der Separatisten und der Kommunisten schenken. Für ein strenges Rechtsempfinden sehe ich darin sogar die Tatsache einer passiven Bestechung. Und so hat es auch wohl ein anderes, mir bekanntes Mitglied der Abstimmungs-Kommission aufgefaßt, das sich im Gegensatz zu all diesen anderen, die Zeitungen nicht schenken ließ, sondern darauf bestand, sie zu bezahlen.

Es ist mir weiter bekannt geworden, daß Herr Hemsley und der in dem Vorfalle erwähnte Captain Justice, sich zu Privatpersonen des Saargebietes abfällig über die Deutsche Front und den Nationalsozialismus geäußert haben. Es steht in jedem Falle dem Menschen frei, über das Dritte Reich zu denken, wie sie wollen, vielleicht denke auch ich in gewissen Dingen anders darüber als ein Deutscher. Jedoch eine an verantwortungsvoller Stelle der Internationalen Kommission stehende Persönlichkeit hat sich dieser abfälligen Bemerkungen gegenüber Bürgern des abzustimmenden Landes auf das strengste zu enthalten, da sonst leicht der Eindruck entstehen könnte, daß die abstimmungsberechtigte Bevölkerung von dieser Stelle beeinflusst werden soll.

Weiter ist mir bekannt geworden, daß Herr Hemsley sich des öftern, entgegen seinen Verpflichtungen auf französisches Gebiet begeben hat.

Es ist selbstverständlich, daß die Bevölkerung an der Saar dem Einmarsch der neuen Besatzung nicht allzu freundlich gegenübersteht. Die fremden Soldaten sind nicht feierlich begrüßt worden, die Bevölkerung bewahrt ihnen gegenüber kühle, korrekte Zurückhaltung. An dieser Tatsache ändern jene Pressebilder

in englischen Zeitungen nichts, die saarländische Jugend inmitten der fremden Soldaten oder den Austausch von Zigaretten zwischen Soldaten und Polizisten wiedergeben. Denn zur Korrektheit gehört auch, daß die Bevölkerung der Besatzung gegenüber keine Feindseligkeit an den Tag legt. In der englischen Presse hat man denn auch ausdrücklich hervorgehoben, daß die Bevölkerung an der Saar kühle und vornehme Zurückhaltung bewahrt.

Von Herrn Knor hätten wir trotzdem die Frage gern beantwortet erhalten, wozu er sich Truppen mit Panzerwagen bestellt hat. Denn Herr Knor weiß, daß die Bevölkerung des Saargebietes, so weit sie heimatgebunden und ansässig ist, keinen Anlaß für den Einsatz von Panzerwagen bietet. Oder verfolgt Herr Knor mit der Besatzung, der er als Oberstkommandierender vorsteht, besondere Absichten? Uns will es absolut nicht in den Sinn, daß die neue Saarbesatzung Panzerwagen mitgebracht hat, obwohl sie ja nur Abstimmungspolizei sein soll. Nun, wir werden ja sehr bald sehen, wer etwa die Ruhe und Ordnung und den Frieden an der Saar stört. Die Tatsache, daß der von Herrn Knor angeordnete und von der Deutschen Front begrüßte Weihnachtsfriede von den Freunden des Herrn Knor, den verbündeten Kommunisten, Emigranten und Separatisten, gebrochen wurde, zeigt Herrn Knor, wo die Ruhestörer sitzen. Leider hat man bisher aber nicht vernommen, was Herr Knor gegen sie unternommen hat. Sein Ordnungsgesetz arbeitet offenbar nur dann sehr schnell, wenn es sich darum handelt, gegen die Deutsche Front vorzugehen.

Herr Knor, Sie tragen eine schwere Verantwortung, dem Saargebiet und der Geschichte gegenüber.

Die Abstimmungstruppen im Saargebiet

Von unserem Saarbrüder Mitarbeiter

Das Saargebiet bietet zur Zeit wieder ein recht buntbewegtes militärisches Bild, obwohl das Saarstatut ausdrücklich jeden „militärischen Dienst“ in unserer Völkerbunds-Kolonie verbietet. Zum dritten Male erleben wir nun das Schauspiel des Einzuges fremder Truppen, die uns als Obrigkeit gesetzt werden. Im November 1918 rückten die sich als „Sieger“ gebärdenden französischen Truppen hier ein, um die militärische Besetzung des Saargebietes zu vollziehen. Was ihnen in vierjährigem Kämpfen nicht gelungen war: „deutschen Boden zu erobern“, fiel ihnen nunmehr mühe- und gefahrlos zu: „deutschen Boden zu betreten.“ Wenig ruhmvoll sah dieser „Sieges-Einzug“ der französischen Truppen allerdings aus. Ein kühler abweisender Empfang ward ihnen von der Bevölkerung zuteil. Sie hielten sich aber dafür schadlos durch eine schimpfliche Behandlung der Bevölkerung, die auch noch den Familientrost der „Sieger“ in ihrem Heim zu erdulden hatte.

Nach Abschluß des „Sieger-Diktates“ von Versailles verlangte dann das Saargebiet mit vollem Recht den Abzug der lästigen französischen Besatzung. In Genf aber verstand es Frankreich, diesen Rechtsanspruch wie so viele andere nach seinem Willen zu beugen. Die Truppen blieben und Victor Rault gab ihnen die harmloser klingende Bezeichnung als „Garnisonstruppen“. Bis zum Jahre 1927 wurde widerrechtlich diese Besetzung aufrechterhalten. Aber auch in diesem Jahre wurden wir von der feindlichen Besetzung noch nicht befreit. Man erfand in Genf die Umfirmung als „Bahnschutz“, der dadurch einen internationalen Anstrich erhielt, daß ihm ein englisches und ein belgisches Kontingent beigelegt wurden.

Es hat nicht an Ausschreitungen des fremden Militärs hier gegen die Bürgerschaft gefehlt, besonders in der Besatzungszeit, ohne daß die Regierungs-Kommission sich ihrer Pflicht erinnert hätte, daß sie in erster Linie der Bevölkerung Schutz und Sicherung ihrer Rechte und Wohlfahrt zu gewähren hatte. Bis zum Jahre 1930 hat sich dieser Bahnschutz unter immer windiger werdenden Scheingründen gegen die Proteste wegen seines Verbleibens im Saargebiet halten können. Als aber im April des Jahres 1930 die englische Besetzung der Kölner Zone aufgehoben wurde, zog sich auch die englische Abteilung des Bahnschutzes aus dem Saargebiet ostentativ zurück, wohl zur größten

Verblüffung von Frankreich. Die Tage des französischen und belgischen Kontingents waren damit auch gezählt. Aber es dauerte noch bis zum 12. Dezember 1930, bis Frankreich und Belgien die Konsequenz aus dem englischen Entschluß, daß die Truppen an der Saar nichts mehr zu suchen hatten, zogen. Der Abmarsch der Engländer hatte sich unter prunkendem Vorantritt der englischen Kapelle in Paradeuniform vollzogen, sogar deutsche Märsche erklangen zum Abschied auf, recht kümmerlich war dagegen das Clairongeschmetter der Franzosen, mit dem diese zum Bahnhof zogen, noch kläglich der sang- und klanglose Abschied der kleinen belgischen Mannschaft. Man atmete im Saargebiet fühlbar auf, als der nutzlose „Bahnschutz“ endlich verschwunden war, und kein feindlicher Soldat mehr auf dem Boden des deutschen Saarlandes weilte.

Und nun, vier Jahre später, kurz vor der entscheidenden Abstimmung, abermals eine militärische Invasion im Saargebiet! Unter Verdrehung in Genf unter ganz anderen Gesichtspunkten geschlossener Abmachungen hat ja Frankreich all' die Jahre hindurch immer den Anspruch erhoben, das Recht zu haben, zum Schutze der „Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit im Saargebiet“ französische Truppen aus den benachbarten Garnisonen wieder in das Saargebiet einmarschieren zu lassen. Immer schwebten wir also in der Gefahr, daß die Abstimmung unter dem Drucke französischer Bajonette stattfinden werde! Der gegenwärtige Präsident der Saar-Regierung, Mister Knor, hat sich schon längst die französische Auslegung zu eigen gemacht und darauf bestanden, daß er des Schutzes fremden Militärs bedürfe, um die Sicherheit und Ordnung im Saargebiet bis zur Abstimmung und darüber hinaus gewährleisten zu können. Immer wieder hat er seine ängstlichen Jeremiaden nach Genf geschickt, daß unter dem Druck des „Terrors“ der Deutschen Front die Sicherheit schwer gefährdet sei. Freilich wirkliche Beweise dieses „Terrors“ hat er nicht beizubringen vermocht, obwohl er über den Terror des Separatisten-Geflügels geflissentlich hinweg sah. Vielleicht mehr aus diplomatischer Kollegialität mag man den Klagekliegern Mister Knor Glauben geschenkt haben, und so kam der Beschluß zustande, ein internationales Truppenkontingent von mehreren Tausend Mann zum Schutze der Freiheit der Saarabstimmung ins Saargebiet zu schicken.

Die fremden Truppen sind inzwischen im Saargebiet eingetroffen. Die Gliederung der Streitmacht ist zwar schon teilweise bekannt, soll aber hier zusammenfassend wiedergegeben werden:

Ihr Befehlshaber ist der 56jährige britische Generalmajor Brind, Kommandeur der 4. Division, Artillerist, im Weltkrieg Generalstabsoffizier, der viel indische Erfahrung besitzt. Ein Generalstabchef, ein Adjutant und ein Oberquartiermeister aus der englischen Armee sind ihm zugeteilt. Zu seinem Stabe treten aber auch die Kontingentältesten der drei anderen Staaten.

Die britischen Truppen stehen unter dem Befehl des Obst.-Brigadiers Priestman, Kommandr. der 13. Brigade. Dieser gehören auch die beiden Infanterie-Bataillone an: das I. Btl. East Lancashire-Regiments, das erst kürzlich aus China in die Heimat zurückkehrte, und das I. Btl. des Essex-Regiments. Beide lassen ihre Rekruten in England und kommen nur mit je 500 Mann nach der Saar. Ferner werden eine Eskadron zu acht Panzerwagen des eben erst nach achtjährigem Aufenthalt in Ägypten heimgekehrten motorisierten 12. Ulanen-Regiments, je eine Abteilung Pioniere und Nachrichtentruppen, die 46. (Verpflegungs-) und die 51. (Tröb-)Kompanie der Fahrtruppe, schließlich Feldgeistliche, Krankenschwestern usw. zugeteilt. Die Stärke des militärischen Personals dieser Formationen beträgt 500 Köpfe, während die Verpflegung der Truppen und der Kantinenbetrieb von 40 Zivilisten besorgt werden. Alles ist großzügig ausgestattet, 120 Lastkraftwagen sind beigegeben, die ganze Versorgung erfolgt aus der Heimat, 600 Tonnen Güter sind bereits in Calais eingetroffen, man rechnet, daß dort später fast täglich ein Dampfer für die Truppenabteilung eintrifft. Eine Funkstation wird beim Befehlshaber der internationalen Truppen eingerichtet, weitere fahrbare Stationen und eine fahrbare Fahrzeugwerkstatt sind vorhanden. Der weitest- aus größte Teil der Kraftfahrzeuge marschiert auf dem Landwege von Calais über Douai-Mézieres, die übrigen Truppen werden mit der Bahn befördert.

Das italienische Kontingent von 1300 Mann führt ein in der letzten Zeit viel genannter Offizier, der 51jährige General Visconti Prasca, der in der schwierigen Stellung des Militärattachés in Belgrad sich bewährte und jetzt Kabinettschef beim Chef des Generalstabs der Armee ist. Er hat kürzlich ein Buch über den „Entscheidungskrieg“ geschrieben, das in seiner durchweg offensiven Richtung von Mussolini als Verkörperung der faschistischen Wehranschauungen empfohlen wurde. Ein Stabschef ist ihm beigegeben. Von einer anfangs erwähten Zusammenfassung der Truppe aus Schwarzhemdenbataillonen wurde Abstand genommen. Statt dessen wurde aus den Grenadierregimentern, die eine Elitetruppe darstellen, ein zusammengesetztes Regiment zu zwei schwachen Bataillonen gebildet und aus den langdienenden Carabinieris, der bewährten Sicherheitstruppe, ein Bataillon beigegeben, wie auch Panzerwagen und die übrigen Sondertruppen mitkommen, alles mit Bahn über Modane-Dijon durch Frankreich, da die Schweiz die Durchfahrt ablehnte.

In Holland versuchte ein sozialistischer Abgeordneter die Entsendung von Truppen als gegen die Verfassung verstößend der Regierung vorzuwerfen, fand aber von dieser und der Mehrheit der Kammer Abweisung. Da langdienende Soldaten erwünscht waren, hat man sich entschlossen, eine Abteilung von 260 Marinesoldaten zu entsenden, an deren Spitze der Repräsentation halber ein General steht. Nicht weniger als 16 MG.-Trupps befinden sich bei der schwachen Truppe. Die Anfahrt erfolgt durch Deutschland.

Auch Schweden ist nicht in der Lage, aus seinen Landtruppen ein Kontingent mit langer Dienstzeit zusammenzubringen. Es hat daher Freiwillige dazu aufgerufen, zum großen Teil ausgediente Unteroffiziere, dann aber auch Studenten, die es wegen ihrer Bildung für geeignet hält, mit dem nötigen Takt die Aufgaben zu lösen. Ob der bereits nach dem Saargebiet entsandte Oberst das Kommando führen wird, ist noch unbestimmt. Auch diese 260 Mann starke Truppe fährt durch Deutschland an ihr Ziel.

Für die Unterbringung der Truppen im Saargebiet stellten besonders die Engländer hohe Ansprüche, so daß dieselbe trotz der geringen Stärke Schwierigkeiten machte. Der internationale Stab kommt nach Saarbrücken in das Quartier,

wobei die Kontingentsbefehlshaber Gäste der Regierungskommission sind. Bei der Verteilung der Truppen, von denen beträchtliche Teile in den Städten an der Saar unterkommen, über das Land hat man den Grundsatz aufgestellt, der nicht ohne Interesse ist, daß die Italiener die Grenzgegenden gegen Frankreich, die Engländer die Saargrenze gegen Osten besetzen. Die Holländer erhalten Merzig, Mettlach und Bedingen, die Schweden Jngbert und Saarbrücken zum Quartier.

Ausgerüstet sind alle Truppen selbstdändig, mit scharfer Munition, Gasmasken und Begleitwaffen. Auf eine Anfrage im Parlament, ob nicht auch Flugzeuge beigegeben würden, hat der britische Außenminister geantwortet, daß es sich nicht um eine kriegerische Operation handele und daher die Beigabe von Luftstreitkräften selbstverständlich entfielen.

Worin die Tätigkeit der Streitmacht bestehen wird, können erst die Ereignisse zeigen. „Corriere della Sera“ (16. 12.) weist darauf hin, wie „delikat“ ihre Aufgabe sei, trotzdem der Zustand der Geister nicht mehr so gespannt sei, wie vor einigen Monaten. Das Blatt erwartet, daß die „durch Leistungen, Korpsgeist und Disziplin ausgezeichneten Truppenteile“ des italienischen Kontingents die Aufgaben lösen werden. Der Tagesbefehl des englischen Brigadiers Priestman ist so bezeichnend für die schwierige Lage, in die echte ehrliche Soldaten durch den Auftrag des Völkerbundes kommen könnten, daß er hier wiedergegeben werden soll:

„Wir werden zu einer recht eigenartigen Aufgabe (sic) an die Saar geschickt. Bis wir dort sind, werden wir nicht recht wissen, worauf sie sich eigentlich erstreckt. Wie die Aufgabe auch ausfallen wird, werden wir sie ehrenhaft lösen, wenn wir folgendes bedenken: Wir müssen peinlich höflich der Bevölkerung gegenüber sein, gleichzeitig aber nie unsere Wachsamkeit aufgeben. Wir müssen uns besonders anstrengen, im äußeren Auftreten und bei Übungen besonders stramm zu sein. Und unter allen Umständen müssen wir die großen Traditionen unserer alten Grafschaftsregimenter und damit der britischen Infanterie aufrechterhalten. Wir Infanteristen wissen, daß es nichts Besseres gibt.“

Der Einzug der neuen Besatzungskontingente — denn schließlich läuft ja die Veranschaffung dieser „internationalen Abstimmungstruppen“ auf eine von den Separatisten geforderte neue Besetzung hinaus — vollzog sich ohne militärischen Paradebrun und bei völlig ruhiger Zurückhaltung der Bevölkerung. Engländer, Holländer, Italiener und Schweden bilden ein buntes Gemisch, auch die recht eigenartig anmutenden Hochländer mit ihren bunten Röckchen mengen sich ein. Den Saar- deutschen wird damit nochmals zum Abschluß ihrer Leidenszeit vor Augen geführt, daß die „Treuhänderschaft“ des Völkerbundes für das Saargebiet sich in nichts von einem kolonialen Verwaltungsscharakter unterscheidet. Was beabsichtigt man mit diesem militärischen Aufwand, der selbst Kavallerie und Panzerwagen einschließt, anderes als Einschüchterung? Hätte man den Emigranten und Kommunisten das Handwerk gelegt, hätte nicht der geringste Grund vorgelegen, wegen der Ruhe und Ordnung besorgt zu sein. Aber mit diesem unruhigen Element haben sich die Separatisten verbündet, sie haben die neue Besetzung nicht nur veranlaßt, sie haben sie direkt gefordert. Dafür wird ihnen das deutsche Saarboll die richtige Antwort am 13. Januar erteilen. Wir haben dabei die eine Hoffnung, daß sich diese sogenannte Abstimmungstruppe in jeder Hinsicht wandfrei und unparteiisch benimmt und der Radau- und Terrorlust der Emigranten, Kommunisten und Separatisten ein Ende bereitet. Jedenfalls steht das eine fest, daß der Abstimmungsschutz im Saargebiet sich als ebenso überflüssig erweisen wird, wie es bei dem famosen Bahnschutz der Fall war. Sollte er jedoch die Radaulust der kommunistischen Elemente und ihres Anhangs zügeln, so kann uns das nur Recht sein.

Man fragt sich hier auch, wie lange wir uns dieses „Abstimmungsschutzes“ eigentlich zu erfreuen haben werden. Bestimmtes hierüber ist noch von keiner Seite geäußert worden. Hoffen wir nur, daß sein Abzug sich nicht auch von Monat zu Monat wieder verzögert, wie es beim Bahnschutz der Fall gewesen ist. Mag die Abstimmung auch in Gegenwart der fremden Truppen sich vollziehen, wir sind uns doch gewiß, daß sie uns endlich von allem fremden Einfluß und Druck befreien und die Wiedervereinigung mit unserem deutschen Vaterlande bringen wird. Die Sicherheit über diesen Ausgang festigt sich hier von Tag zu Tag und damit auch der Wille, dieses Ziel zu erreichen.

Der sinkende Stern Hoffmanns

Als Schwindler und Betrüger gekennzeichnet

Herr Johannes Hoffmann, der einstige betriebsame Anwärter auf einen Ministerialposten in der Pressestelle der Reichsregierung unter der Kanzlerschaft Marx und Müller, der einstige selbstherrliche „Chefredakteur“ der „Saarbrücker Landeszeitung“ und redselige „Kämpfer für deutsche Saarfreiheit“, Gründer der separatistischen „Neuen Saarpfost“ und des „Deutschen Volksbundes für christlichsoziale Gemeinschaft“, ist heute als Exponent des französischen Saar-Separatismus, als Empfänger erheblicher französischer Propagandagelder und als ungetreuer Sachwalter dieser französischen Summen entlarvt worden. Der Stein kam ins Rollen durch die Aufdeckung der Rossenbeck-Dokumente, kam ins Stürzen durch die Feststellungen im Savetoul-Prozess vor dem Obersten Abstimmerungsgericht und hat jetzt eben diesen selben Hoffmann erschlagen. Bildlich natürlich nur; denn noch bemüht er sich, sich des über ihn hereinbrechenden Scherbengerichts zu erwehren. Aber es ist aussichtslos.

Der frühere Organisator des sogenannten Deutschen Volksbundes, Fritz Kriesbach, hat in einem Schreiben an einen saarländischen Geistlichen festgestellt, daß die Hoffmannsche „Neue Saarpfost“ von der französischen Bergwerksdirektion monatlich einen Zuschuß von 120 000 Franken erhielt, und daß als Kampffonds für den Volksbund aus der gleichen Quelle monatlich weitere 200 000 Franken festgesetzt wurden. Kriesbach stellt ferner fest, daß Hoffmann zwar alle diese französischen Gelder empfangen, sie aber nur in einem ganz geringen Umfang für den gedachten Zweck verwandt hat.

Unmittelbar nach Kriesbach meldete sich der bisherige Verantwortliche der „Neuen Saarpfost“, Schriftleiter Hugo Hagn, mit einem Schreiben an die Landesleitung der Deutschen Front, worin er seinen Austritt aus der Schriftleitung der „Neuen Saarpfost“ erklärt, weil er erst durch die verschiedenen Veröffentlichungen, deren Richtigkeit er durch Rückfrage in der französischen Bergwerksdirektion bestätigt

erhielt, davon unterrichtet worden sei, daß die „Neue Saarpfost“ im Dienste der französischen Propaganda stehe.

In einem Schreiben an Hoffmann hat er diesem erklärt, daß ihm Hoffmann vorgetäuscht habe, die Gelder für die „Neue Saarpfost“ und den Deutschen Volksbund stammten von saarländischen Katholiken, während er von dem französischen Grubendivisionär Baucher erfahren habe, daß Hoffmann seine Mitarbeiter betrogen und die Bergleute auf den Dörfern beschwindelt habe. „Deutschland oder der Katholizismus seien Hoffmann völlig gleichgültig“, sagt Hagn in seinem Schreiben an Hoffmann. Der französische Chefingenieur habe ihm selbst gesagt: „Das alles ist eine unsaubere und unangenehme Angelegenheit.“

Hoffmann, dem schon als Systemgröße Katholizismus, Deutschtumspolitik und Zentrumsparterie lediglich Mittel für seine rein persönlichen Interessen waren, ist jetzt von seinen eigenen Freunden als Schwindler, als Betrüger, als ein unsauberer Geselle entlarvt worden.

Nach Viktor Weber, Max Balz, Schöttler, Max Braun nun auch Johannes Hoffmann: Wir beneiden die Franzosen nicht, die auf solchen „Charaktergrößen“ ihre Saarpfost aufbauen. Erfreulicherweise ist die Entlarvung dieser Subjekte gerade durch Kreise erfolgt, die sich zwar wegen ihres Gegensatzes zum neuen Deutschland von diesen politischen Hochstaplern einfangen ließen, aber noch rechtzeitig deren dunkles Treiben erkannten. Ihr deutsches Empfinden veranlaßte sie dann, den Hoffmannern die Maske vom Gesicht zu reißen.

Der Saar-Separatismus ist entlarvt als das Sammelbecken alles Schmutzes, aller Lüge, aller Verleumdung und aller unsauberen Geschäftemacher! Und Hoffmann ist der „größte“ unter ihnen.

* Sowjetstern und Hoffmanns „Christentum“

Wie der Pariser Vertreter der „Saarbrücker Zeitung“ mitteilt, hat die neugegründete Morgenzeitung „Le Jour“ folgende interessante Notiz veröffentlicht: „Wir erhielten gewisse Nachrichten, die das eigenartige Spiel der Sowjets im Saargebiet enthalten. Kommunistische Agenten Rußlands scheinen dort mit Macht zu arbeiten, um Schwierigkeiten und Unruhe hervorzurufen. So hat vor etlicher Zeit ein russischer Agent, der mit einer Mission dieser Art nach dem Saargebiet geschickt worden war, durch den Rundfunk von Moskau aus eine wütende Saarrede an alle Kommunisten gehalten. Er berichtete über seinen Besuch im Saargebiet und forderte alle Kommunisten zu einer deutschfeindlichen Abstimmung auf. Ein anderer Rundfunkprediger forderte alle Sympathisierenden auf, ihm nach Moskau an eine bestimmte Adresse zu schreiben. Er versprach dabei, daß jeder Briefschreiber beim ersten Brief ein „Souvenir“ und beim zehnten Brief ein Geschenk erhalten würde. Ja, er fügte noch hinzu, daß, wenn der Briefwechsel andauern sollte, die Briefschreiber noch viel andere bedeutendere Vorteile erhalten könnten. Es sind Franzosen, die uns diese unglaubliche Tatsache mitgeteilt haben. Sie haben selbst die Moskauer Rundfunkansprache mitgehört. Die Sowjets wollen um jeden Preis Unruhe, Kämpfe, militärische Interventionen, ja sogar einen Krieg heraufbeschwören und sie hoffen, daraus für die Weltrevolution Vorteile ziehen zu können, die ja doch ihr höchstes Ziel bleibt.“

Mit diesen Moskaujüngern arbeitet der Hoffmannsche „Christentum“ Hand in Hand gegen ein deutsches Saargebiet. Wenn es da noch jemand fertig bringt, der Hoffmannschen Status-quo-Parole zu folgen, dann ist er entweder mit Blindheit geschlagen oder er ist schon immer ein verkappter Bolschewist gewesen.

Saar-Jahrbuch 1935

Immer näher rückt der große Schicksalstag des deutschen Saarkvolkes. Blatt um Blatt des 100-Tage-Saar-Kalenders fällt. An 750 000 Stellen erinnert er an die entscheidenden Tage des Endkampfes. Dieser 100-Tage-Kalender stellt ein Gemeinschaftswerk dar, dessen Erlös dem Winterhilfswerk der Saar zufließt. Mit dem 13. Januar ist aber der Kampf noch nicht beendet. Erst dann werden die ganzen Probleme aufgerollt. Das ganze nächste Jahr wird noch im Zeichen der Saar stehen. Diesen Kampf auch vom Volke her zu unterstützen, dient das neue Werk, das in diesen Tagen zum Vertrieb kommen wird. Es ist das Jahrbuch „Unsere Saar 1935!“ Erprobte Kämpfer des Saarlandes, Arbeiter, Wirtschaftsführer, Journalisten, Saarpublizisten von anerkanntem Ruf und Künstler haben es geschaffen. In vollstümlicher Weise werden alle Fragen des Saarlandes behandelt, die das ganze Jahr 1935 beherrschen werden. Auch der Erlös dieses Jahrbuches — es kostet eine Mark — fließt dem Winterhilfswerk der Saar zu, das in der Hauptsache mit diesen Mitteln aufgebaut wird. Darum ergeht heute wieder der Appell an das Volk und alle Parteidienststellen, Behörden und den Buchhandel, mitzuhelfen, daß dieses neue Jahrbuch jeden Volksgenossen an das Schicksalsjahr unserer Saar mahnt und ihn über ihre großen Aufgaben unterrichtet. Gute Bilder zeichnen das Jahrbuch aus, Aussprüche führender Persönlichkeiten des Dritten Reiches führen sofort an den Kern der Saarfrage heran.

Merfblatt **für die Saarabstimmungsberechtigten im Reiche**

Gedenke Deiner heiligen, nationalen Vaterlandspflicht, der Pflicht der Treue und der Pflicht zur Heimat durch die rechtzeitige und richtige Abgabe Deiner Stimme.

Reisepaß.

Bist Du im Besitze eines ordnungsmäßigen Reisepasses? Lasse ihn evtl. durch Deinen Obmann überprüfen.

Der rote Personalausweis, der im Saargebiet ausgestellt wurde, ist für die im Reiche wohnhaften Saarabstimmungsberechtigten nicht gültig. Jeder muß einen ordnungsmäßigen deutschen Reisepaß haben.

Denke daran, daß Du die Reise nur im Besitze Deines Reisepasses antreten darfst.

Abstimmungsausweis.

Außerdem mußt Du im Besitze des Abstimmungsausweises sein, welcher Dir von Deiner saarländischen Anschrift (Beratungsstelle der Deutschen Front, Bürgermeisteramt oder Verwandte) zugeht. Kümmer Dich darum, vermeide aber überflüssige Anfragen. Bist Du beim Antritt der Reise noch nicht im Besitze des Abstimmungsausweises, so unterrichte sofort die im Saargebiet angegebene Anschrift und teile mit, daß Du den Abstimmungsausweis persönlich abholen wirst.

Verwahre Paß und Abstimmungsausweis sehr gut und vergiß nicht, sie mit ins Wahllokal zu nehmen. Ohne den Besitz dieser Ausweise ist Ausübung des Wahlrechts nicht möglich.

Fahrausweis.

Du erhältst weiter einen Fahrausweis für die Hin- und Rückfahrt, also nicht wie üblich eine Eisenbahnfahrkarte. Sorgfältige Behandlung und Aufbewahrung ist dringend geboten.

Sonderzug-Abfahrtszeit.

Merke Dir genau die Nummer Deines Sonderzuges und den Dir zugewiesenen Platz.

Präge Dir genau die Abfahrtszeiten ein und finde Dich rechtzeitig auf den vorgeschriebenen Abfahrtsbahnhöfen ein.

Hast Du für die Rückfahrt besondere Wünsche wegen Fahrtunterbrechung oder Umlegung des Reiseweges, so darfst Du im Rahmen des Möglichen auf Entgegenkommen rechnen.

Devisenbestimmungen.

Beachte genau die Devisenbestimmungen und nimm nicht mehr Geld mit, als gestattet ist. Der Höchstbetrag in jedem Falle beträgt 10 plus 50, also 60 RM, die aber nur in Hartgeld (nicht Banknoten) mitgenommen werden dürfen. Bis zu 25 RM kann jeder Abstimmungsberechtigte ohne besondere Genehmigung mitnehmen. Wer mehr als 25 RM mitnehmen will, muß für den restlichen Differenzbetrag von 35 RM die Genehmigung des zuständigen Polizei- oder Devisenamtes einholen.

Bezüglich Geldversorgung wird darauf hingewiesen, daß alle Abstimmungsberechtigten in erster Linie vor Abfahrt für Einwechselung der ihnen zustehenden 25 RM in französische Währung zu sorgen haben, wobei als Anhalt dienen möge, daß für eine Mark durchschnittlich 6 Fr. gerechnet werden können.

Die Devisenbanken und Wechselstuben werden ermächtigt, den Abstimmungsberechtigten deutsches Geld bis zum Betrage von 25 RM in französische Franken umzuwechseln. Der Abstimmungsberechtigte muß zu diesem Zweck der Bank 1. seinen Reisepaß, 2. die Mitteilung, daß er in die vorläufigen Listen eingetragen ist, oder den Abstimmungsausweis vorlegen.

Nur wer vor Abfahrt nicht in der Lage ist, sein deutsches Geld in französische Währung umzuwechseln, hat kurz vor der Abfahrt und während der Fahrt der Sonderzüge Gelegenheit, dieses nachzuholen. Die deutsche Verkehrs-Kreditbank hat es übernommen, vor Abfahrt der Züge, während der Fahrt und während der Verpflegungsaufenthalte durch ihre

Beamten den Geldwechsel vornehmen zu lassen. Da im Saargebiet der französische Franken gesetzliche Währung ist, dürfte es vorteilhaft sein, wenn alle Abstimmungsberechtigten von dieser Gelegenheit Gebrauch machen würden.

Zollbestimmungen.

Trage zur Erleichterung und Beschleunigung der Grenzabfertigung bei und beachte die am Schluß dieses Merkblattes abgedruckten Zollbestimmungen. Gib dem Zollbeamten kurz und erschöpfend Auskunft und steige vor Beendigung der Zollnachschau nicht aus. Leiste unbedingt den Anordnungen der Zoll- und Polizeibeamten Folge.

Kleidung und Abzeichen.

Vergiß nicht, daß im Saargebiet von der Saarregierungs-kommission besondere Verordnungen über das Uniformtragen erlassen sind, die unter allen Umständen beachtet werden müssen.

Einreise nur in Zivilkleidern und denke daran, daß Uniformen, Uniformteile und Abzeichen jeglicher Art, besonders die der politischen Organisationen und die sog. Saar-Abstimmungsabzeichen streng verboten sind. Vermeide auch sonst in Deinem Anzug alles, was falsch ausgelegt werden könnte.

Verhalten.

Verhalte Dich während der Eisenbahnfahrt so, wie Du es von Deinen Mitreisenden selbst wünschst.

Befolge die Anordnungen des Transportleiters und des Zugpersonals, besonders beim Einnehmen der Plätze, während der ganzen Fahrt, beim Aufenthalt auf Stationen, bei der Ankunft usw.

Verpflegung.

Vergiß nicht Deine Reiseverpflegung mitzubringen und merke Dir, daß nur für längere Fahrten, und zwar für die Sonderzüge von Berlin, Breslau, Halle, Dresden, Hannover, Altona, Münster i. W., Nürnberg und München Verpflegungsstationen vorgesehen sind.

Reisegepäck.

Nimm nur das allernotwendigste Reisegepäck mit und behalte es während der Fahrt immer bei Dir.

Befleißige Dich während der ganzen Aufenthaltszeit im Saargebiet in der Doffentlichkeit sowohl Deinen Landsleuten und Quartiergebern gegenüber als auch gegenüber politischen Gegnern eines einwandfreien Auftretens und beachte ganz besonders die Anweisungen über das Verhalten bei dem Wahlakte selbst, die in einem besonderen Merkblatt bekanntgegeben werden.

Denke immer daran, daß es sich nicht um eine Vergnügungsfahrt handelt, sondern um eine ernste vaterländische Aufgabe, deren Erfüllung für Dich eine ganz besondere Ehre ist.

Unsere Schwestern und Brüder an der Saar haben 15 Jahre äußerste Disziplin, Ruhe und Ordnung gehalten, unterstütze diese vorbildliche Haltung durch gleiches nationales Pflichtgefühl, das da heißt: Stimme und verhalte Dich richtig!

Nur mit Deiner Stimme und durch Deine korrekte Haltung wird der 13. Januar ein überragender deutscher Sieg. Richte Dich danach.

Die Geschäftsstelle „Saar-Berein“

I. H. Bogel.

Auszug aus den Sonderbestimmungen für die Zollabfertigung.

Reichsbanknoten dürfen überhaupt nicht ausgeführt werden. Nachschau beim Grenzzollamt. Zuwiderhandelnde machen sich unter Umständen strafbar und setzen sich der Gefahr aus, wegen der amtlichen Untersuchung mit dem gleichen Zuge nicht weiterfahren zu können.

Auf die Verzollung zollpflichtiger, aus dem Saargebiet mitgebrachter Gegenstände kann nicht verzichtet werden. Zollpflichtig sind alle Gegenstände, die nicht

dem persönlichen Gebrauch und als Mundvorrat auf der Reise dienen.

Als Gegenstände, die dem persönlichen Gebrauch des Teilnehmers auf der Reise dienen, sind insbesondere zollfrei:

a) Lebens- und Genußmittel zum Verbrauch auf der Fahrt.

Für Rauchwaren sind folgende Höchstmengen festgesetzt:

1. Feinschnitt-, Pfeifen-, Strang- und Schnupftabak in Mengen bis zu 50 Gramm,
2. unverpackt oder in angebrochenen Packungen eingehende Zigarren bis 10 Stück,
3. desgl. Zigaretten bis 25 Stück,
4. desgl. Rahtabak bis 3 Stück.

(Die unter 1—4 aufgeführten Rauchwaren dürfen nicht nebeneinander eingebracht werden.)

b) Reisegeräte wie Kleider, Wäsche, photographische Apparate mit Zubehör.

Einfuhrverbot und Beschränkungen bestehen u. a. für Waffen und Munition, Sprengstoffe, Rauschgifte, kommunistische oder sonstige Zersetzungschriften, für Wurst und Fleisch, soweit diese Lebensmittel über den Reisebedarf hinausgehen. Vor der Einfahrt in den Zollbahnhof Gepäckstücke zur Einsichtnahme durch die Zollbeamten bereitzuhalten.

Die gleichen Bestimmungen gelten auch für Abstimmungs-berechtigte, die auf dem Landwege das Reichsgebiet verlassen und wieder betreten.

Was jeder Saarabstimmungs-berechtigte von der Abstimmungshandlung selbst wissen muß

Das Abstimmungsrecht ist von jedem Abstimmungsberechtigten am 13. Januar 1935 in der Zeit von 8½ bis 20 Uhr in dem Wahllokal auszuüben, welches in seinem Abstimmungsausweis angegeben ist.

Der Abstimmungsausweis gibt dem Inhaber das Recht, das Lokal seines Wahlabschnittes zu betreten. Der Zutritt zum Lokal wird jedem untersagt, der nicht mit diesem Abstimmungsausweis versehen ist, ausgenommen, wenn dienstliche Gründe vorliegen.

Beim Betreten des Wahllokals ist jeder Gruß zu unterlassen, aus welchem ein Schluß auf die Wahl gezogen werden kann, die der Abstimmungsberechtigte treffen wird (z. B. der deutsche Gruß „Heil Hitler“). Jeder Zuwiderhandelnde wird nicht mehr zur Abstimmung zugelassen. Am besten wird das Lokal ohne Gruß betreten.

Der Vorsitzende des Wahllokals muß darüber wachen, daß im Innern des Abstimmungslokals und insbesondere in der Isolierzelle keine Plakate, Symbole oder Inschriften vorhanden sind, die die Abstimmung beeinflussen könnten. Wer versucht, mit diesen Mitteln die Abstimmung zu beeinflussen, wird sofort auf Befehl des Vorsitzenden verhaftet.

Um zur Abstimmung zugelassen zu werden, muß der Abstimmungsberechtigte seinen Abstimmungsausweis sowie den Reisepaß (der Staatenlose einen Paßersatz) vorlegen.

Die Stimme muß auf dem vom Büro dem Abstimmungsberechtigten ausgehändigten Stimmzettel abgegeben werden. Der Stimmzettel ist in drei Felder geteilt, von denen jedes die Angabe einer der drei Abstimmungsmöglichkeiten enthält, nämlich:

- Beibehaltung des jetzigen Zustandes,
- Vereinigung mit Frankreich,
- Vereinigung mit Deutschland.

Der Vorsitzende ruft den Namen des Abstimmungsberechtigten und die Nummer, die ihm auf dem Auszug aus der Liste zugeteilt wurde, auf. Er übergibt dem Abstimmungsberechtigten einen Umschlag und einen Stimmzettel.

Falls der Umschlag oder der Stimmzettel unbrauchbar oder beschädigt sind, verlangt der Abstimmungsberechtigte einen anderen. Die Aushändigung des zweiten Umschlages oder des zweiten Stimmzettels wird im Protokoll vermerkt, und die nicht benutzten Stücke werden vom Vorsitzenden vernichtet.

Der Abstimmungsberechtigte begibt sich dann in eine der Isolierzellen und schreibt mit einem schwarzen Bleistift, der sich in der Isolierzelle befindet, auf dem Stimmzettel ein Kreuz (X) in das seiner Wahl entsprechende Feld.

In der Isolierzelle muß der Abstimmungsberechtigte den Stimmzettel ungefalt in den Umschlag stecken, den er dann selber schließen muß.

Nachdem er aus der Isolierzelle getreten ist, übergibt der Abstimmungsberechtigte den geschlossenen Umschlag dem Vorsitzenden, der ihn in die Urne legt. Der Abstimmungsausweis wird mittels

eines Stempels ungültig gemacht und verbleibt als Anlage zum Protokoll im Abstimmungslokal. Den Paß erhält der Abstimmungsberechtigte zurück. Er muß sofort das Abstimmungslokal verlassen.

Beim Verlassen des Abstimmungslokals ist wiederum jeder Gruß zu unterlassen, welcher einen Schluß auf die Wahl zuläßt, welche der Abstimmungsberechtigte getroffen hat (z. B. der deutsche Gruß „Heil Hitler“).

Strafbestimmungen

Mit Geldstrafe oder Haft oder Gefängnis wird bestraft:

a) Wer im Abstimmungslokal auf irgendeine Weise die Wahl, die er treffen wird oder die er bereits getroffen hat, bekanntgibt.

Der Zuwiderhandelnde wird nicht mehr zur Wahl zugelassen, falls er noch nicht gestimmt hat. (Artikel 47.)

Hierzu wird noch bemerkt, daß der deutsche Gruß „Heil Hitler“ in den Abstimmungslokalen unter keinen Umständen angewendet werden darf, da er nach einer Entscheidung des Abstimmungsgerichts als Willensäußerung für Deutschland angesehen wird.

b) Wer den Umschlag oder den Stimmzettel nicht zurückgibt. Er kann sofort verhaftet werden. (Artikel 48.)

c) Wer den Vorsitzenden eines Abstimmungsbüros daran hindert, den Abstimmungsberechtigten zum Eintritt in die Isolierzelle zwecks Abgabe der Stimme zu veranlassen. (Artikel 49.)

d) Wer Akten, Urkunden, Ausweise oder Eintragungen jeder Art, die die Abstimmung betreffen, widerrechtlich fälscht, ändert, zerstört oder herstellt oder von einem so gefälschten Schriftstück Gebrauch macht. (Artikel 50.)

e) Wer durch Gewalt, Drohung, Betrug, Bestechung, Verbreitung falscher Nachrichten, Ausstoßen aufrührerischer Rufe, Ausprechen beleidigender Worte oder sonstige Organe oder Personen, die durch die Wahlordnung eingesetzt sind, an der ordnungsmäßigen Ausübung ihres Amtes hindert (Art. 60, Abs. 1) oder durch die erwähnten Mittel die Wahlhandlung oder die freie Ausübung des Stimmrechtes verhindert oder erschwert oder eine Person zu bestimmen sucht, zu offenbaren, in welchem Sinne entweder sie selbst oder ein Dritter gestimmt hat oder zu stimmen gedenkt.

f) Wer die Stimmabgabe einer anderen Person zu beeinflussen versucht oder sie hindert, ihr Wahlrecht auszuüben oder diese Ausübung erschwert. (Artikel 61.)

g) Wer mehrmals abstimmt entweder in derselben Ortschaft oder in verschiedenen Ortschaften oder wer an Stelle einer anderen Person abstimmt oder wer unberechtigt abstimmt. (Artikel 62.)

h) Auch Anstifter, Mittäter der bisher bezeichneten Handlungen oder Unterlassungen sind strafbar. (Artikel 63.)

i) Wer die Übernahme eines Amtes im Wahlbüro ohne Grund ablehnt oder wer sich als Mitglied des Wahlbüros ohne Grund entfernt, bevor die Wahlhandlungen beendet sind. (Artikel 65.)

k) Wer ein Wahllokal betritt, ohne ein Recht hierzu zu haben oder wer das Wahllokal bewaffnet betritt oder wer im Wahllokal durch offensündige Beifalls- oder Mißbilligungszeichen oder sonstige Ausschreitungen verursacht oder wer den Ordnungsrufen des Vorsitzenden des Wahlbüros nicht Folge leistet. (Artikel 66—68.)

l) Für alle Zuwiderhandlungen gegen die Wahlordnung ist Untersuchungshaft zulässig. Ebenso kann die öffentliche Sicherheitsbehörde Schutzhaft verhängen. (Artikel 72.)

Neue Bestimmungen für die Einreise in das Saargebiet!

Abstimmungsberechtigte bedürfen keiner Einreisegenehmigung

Amtlich wird bekanntgegeben:

Nach der Verordnung der Regierungskommission vom 29. November 1934 gilt für die Einreise in das Saargebiet für die Zeit vom 27. Dezember 1934 bis zum 26. Januar 1935 einschließlich folgendes:

A. Die Personen, die in der oben angegebenen Zeit in das Saargebiet einreisen, müssen im Besitz

1. eines ordnungsmäßigen Reisepasses,
2. einer besonderen Genehmigung zur Einreise in das Saargebiet sein.

Der Antrag auf Einreisegenehmigung ist unter Ueberlegung des Reisepasses an die Regierungskommission, Abteilung des Innern, in Saarbrücken zu richten. Bei Stellung des Antrages erfolgt zweckdienliche Beratung durch die Vertrauensleute und Ortsgruppen des Saarvereins.

Die Einreisegenehmigung ist innerhalb 24 Stunden nach der Einreise der Ortspolizeibehörde des Saargebiets vorzulegen. Sie berechtigt zu wiederholter Einreise in das Saargebiet innerhalb des in dem Genehmigungsvermerk bezeichneten Zeitraums.

Personen, denen die Genehmigung zum vorübergehenden Aufenthalt im Saargebiet schon jetzt erteilt ist, müssen diese Genehmigung vor dem 27. Dezember erneuern.

Die erneuerte Genehmigung berechtigt sie zu wiederholter Ein- oder Ausreise in das Saargebiet.

Mit Geldstrafe bis zu 750 Franken oder mit entsprechender Haft wird bestraft, wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelt.

Die Gebühr für die Einreisegenehmigung beträgt 20 Franken, die Gebühr für die erneuerte Genehmigung 2 Franken. Die Gebühr kann in begründeten Fällen, insbesondere bei Bedürftigkeit der einreisenden Personen, falls ein dringlicher Anlaß zur Einreise besteht, erlassen werden.

B. Einer Einreisegenehmigung bedürfen dagegen nicht:

berechtigte Personen. Für sie genügt der von der Abstimmungskommission ausgestellte Abstimmungsausweis in Verbindung mit dem Reisepaß;

b) Personen, die im Besitz eines saarländischen Reisepasses oder eines saarländischen Personalausweises sind;

c) Personen, die die auf Grund der Verordnung der Regierungskommission vom 27. Januar 1932 betreffend die Arbeitszentralstelle für das Saargebiet ausgestellten Legitimationskarten sowie die Grenzausweise gemäß Protokoll über die Gebrauchsrechte an der saarländisch-französischen Grenze vom 13. November 1926 besitzen.

Achtung! Stimmausweise

Eine Mitteilung der Abstimmungskommission

Saarbrücken, 29. Dezember.

Die Abstimmungskommission teilt mit:

Die Abstimmungsausweise sind dieser Tage an die Abstimmungsberechtigten versandt worden. Es ist aber anzunehmen, daß einige Abstimmungsberechtigte ihre Ausweise wegen Unwesenheit oder unvollständiger Anschrift nicht erhalten haben. Diese Stimmberechtigten sowohl als auch diejenigen, welche fehlerhafte Ausweise empfangen haben sollten, müssen sich an den Gemeindevorstand des Bezirks wenden, wo sie stimmberechtigt sind. Behörden, politische Parteien und Einzelpersonen, deren Anschrift auswärtigen stimmberechtigten Personen als „Anschrift im Saargebiet“ diente, werden gebeten, die Ausweise baldmöglichst an die Berechtigten weiterzuleiten.

Die Verordnung vom 13. 12. 1934 betreffend Abänderung der Abstimmungsverordnung vom 7. 7. 1934 Artikel 32 bestimmt folgendes:

„Wer mehr als einen auf seinen Namen lautenden Abstimmungsausweis erhalten sollte, muß die überzähligen Ausweise dem nächsten Gemeindevorstand oder dem nächsten Kreisbüro spätestens am dritten Tag, nachdem er sie erhalten hat, zurücksenden. Wer einen Abstimmungsausweis erhalten sollte, der ihn mit einem Familiennamen bezeichnet, den er nicht mehr trägt, ist gehalten, diesen Ausweis in gleicher Weise wie im vorhergehenden Absatz angegeben, zurückzusenden.“

Dieser Personen, welche es unterlassen, in den oben erwähnten Fällen den Abstimmungsausweis zurückzusenden, können kraft Artikel 70 der Abstimmungsverordnung vom 7. 7. 1934 bestraft werden.

Buchbesprechung

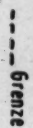
„Die Saar — Deutschlands Erwachen.“ Von Ernst Debusmann. (Verlag von Velhagen & Klasing in Bielefeld und Leipzig.) In den Büchern der „Kraft und des Lebens“, die unter dem Titel „Deutschlands Erwachen“ in ständiger Folge erscheinen, ist in diesen Tagen eine kleine Schrift „Die Saar“ von Ernst Debusmann erschienen, die wir der Aufmerksamkeit der Ortsgruppen und aller Saarfreunde empfehlen. Der Verfasser, der Sohn des stellv. Leiters des Bundes der Saarvereine, ist Saar-amsleiter an der Universität Münster i. W. Auf knappen 59 Seiten wird vom Verfasser das Saarproblem behandelt. Eine vollstündige und von tiefer vaterländischer Begeisterung durchglühte Schreibweise zeichnet das Büchlein aus. Kurz vor der großen Entscheidung an der Saar erhalten wir noch einmal einen umfassenden Einblick in die verschiedenen Seiten des Saarproblems. Land und Leute, Sprache, Sitten und Bräuche des Saarländers ziehen vorüber. Mit Recht sagt der Verfasser, daß das Land an der Saar eins der schönsten Industriegebiete unseres Erdteils ist, und er zeichnet dementsprechend in kräftigen Strichen die Natur- und die Kunstschönheiten des Landes. Die Wirtschaft des Saargebietes wird in ihren Grundzügen behandelt. Eine ausführlichere Darlegung wird der ja heute glücklicherweise überall bekannten Geschichte des Saargebietes gewidmet. Die französischen Okkupationsperioden, Versailles, die Zeit der französischen Besatzung nach Kriegsende und die Zeit der Völkerverbundregierung, der französische Schulterror erscheinen als Meilensteine in der neuesten Geschichte des Saargebiets. Am wertvollsten und am lehrreichsten ist vielleicht das Schlusskapitel „Der Abstimmung entgegen“. Zuversichtlich und fest klingt das Bekenntnis auf, daß auch der dritte Kampf Frankreichs um die Saar mit einer Niederlage enden wird. Dafür bürgt vor allem die von Grund auf ehrliche nationale Haltung des Saarbergmanns.

Th. V.

Gegründet 1920 von Verwaltungsdirektor Th. Vogel-Berlin.

Erscheint monatlich zweimal: am 1. und 15. mit der vielseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatsbilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbitten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. Fernsprech-Anschluß: Amt Bergmann 3243. — Bezugspreis monatlich 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW 7, Nr. 66 536, oder auf Deutsche Bank. Depositionskasse O, Berlin SW 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbitten. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptschriftleiter Richard Pösel, Berlin-Lichterfelde. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11, Stresemannstraße 42. — Druck: Deutsche Zentraldruckerei A.-G., Berlin SW 11.

Mabstab ca. 1:300 000



✕ Kohlengrube

Eisenhütte

Δ Glashütte

Am 13 Jan. Saarländer

wollen wir
zurück

zu unseren deutschen Brüdern!



Wir wollen gerne
mit Frankreich
in allen wirtschaft-
lichen Dingen reden.
Wir wollen uns
gerne mit Frankreich
verständigen.
In einem aber
gibt es keine
verständigung.

Jeder kann das Reich
Verzicht leisten auf
Euch, noch könnt ihr
Verzicht leisten auf
Deutschland.
Der Führer, 28. Aug. 1934, Niederrhein

Bund der Saarvereine
Geschäftsstelle „Saarverein“ Berlin, S.W. 11. Strossemannstr. 42